
ZECK
Das Info aus der Flora @ August 95 @ No 40



17.-23.8., 18 Uhr: Panzerkreuzer Potemkin
Wir zeigen die rekonstruierte Fassung des berühmten Stummfilms im Original mit deutschen Zwischentiteln.
UdSSR 1925; R: Sergej Michailowitsch Eisenstein

17.-23.8., 22.30 Uhr: Ernesto Che Guevara - Ein Bolivianisches Tagebuch
Im Oktober 1976 geht die Nachricht durch die Welt, daß der legendäre Guerillero Ernesto Che Guevara in bolivien ums Leben gekommen ist. Die bolivianische Armee behauptet, Che sei im Kampf gefallen und präsentiert der Öffentlichkeit ein Tagebuch, das er während der elf Monater der Guerilla geschrieben hat.
Schweiz/Bolivien 1994, R: Richard Dindo

10.-16.8., 18 Uhr: Leon - der Profi
Der Film glänzt (neben seinen Action-Qualitäten) durch drei Schauspieler: Jean Reno gibt dem naiven, traurigen, eigenartig verträumten Killer gehörig Glaubwürdigkeit. Natalie Portman bringt die kleine Mathilda dem Himmel sei Dank nicht als coole Lolita, sondern einfach als frühreife, altkluge Göre. Und Gary Oldman spielt den Dorgenermittler Stansfield, der sich mit klassischer Musik aus dem Walkman beim Killen stimuliert so, daß man das Zittern kriegt.
Frankreich 1994; R: Luc Besson

24.-30.8., 22.30 Uhr: Fesa y chocolate (Erdbeer und Schokolade)
Ein Student, der mit beiden Füssen auf dem Boden des real existierenden kubanischen Sozialismus steht, trifft in einem Eiscafé in Havanna einen Mann. Er begegnet dessen inensivem Werben (zunächst) mit dem Maß an Abwehr, das einem lateinamerikanischen Macho angemessen ist; wenn er auch merkt, daß das Wesen und die Lebenskunst des anderen ihn mächtig anziehen.
Cuba 1993, R: Tomas Gutierrez

UNSER AKTUELLES PROGRAMMTELEFON 040 43 76 79
SCHANZENSTRASSE 75 IM HOF U/S STERNSCHANZE

***

Monstren, Mumien, Mutationen..

Männerrundbrief Nr.7

Schwerpunkt:
Gen- und Reproduktionstechnologie
Daneben: Antifa-Diskussion, Zu Heiter bis Wolkig, Väter-Rechte, Buchbesprechung zum Vatermythos, Triple Oppression-Diskussion, u.a.

Diesmal noch fetter, noch inhaltsvoller, noch lustiger, noch ergreifender, noch antipatriarchaler, noch revolutionärer.... ..lebt und lest männerrundbrief..äh da hilft nur bestellen beim: **Männerarchiv c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg**
1 Heft n fünfer/Abo für 5 Hefte n 25iger per post oder per Konto: **Männerarchiv,**
ktn: 1251120174, Haspa blz20050550,

***



***

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr. Samstag 10.00 - 14.00 Uhr

***

• NEUE BÜCHER • BROSCHÜREN • ARCHIV • KOPIERER •

FRAUENLESBENTAG IM SCHWARZMARKT

JEDEN DONNERSTAG
14°° - 18[30]
MIT TÄGLICHEM FRAUENLESBENRAUM,
WO ♀⚢ UNGESTÖRT REDEN + LESEN KANN.
KL. SCHÄFERKAMP 46
20357 HAMBURG, TEL. 446095 Fax 4108122

• FEMINISMUS • TANTITA • INTERNATIONALISMUS • THEORIE • AKTUELLES •
• AUFNÄHER • T-SHIRTS • POSTKARTEN • MENS-SCHWÄMMCHEN • SPEKULUM •
• TREFFPUNKT • DISKUSSION • TEETRINKEN • ARBEITEN •

***

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft Antifaschistinnen, Total-

FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!

verweigerern, Hausbesetzerinnen, Demonstrantinnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.



ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fox (0431)75141

***

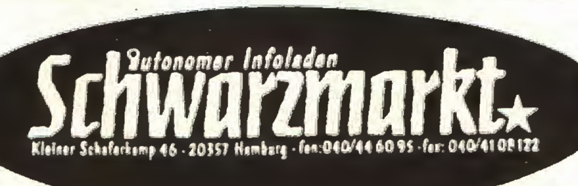
Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Die Redaktion freut sich über die Zusendung eurer Beiträge (möglichst auf Diskette mit beiliegenden Ausdruck; Disketten können nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es - soweit vorhanden - gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spenden: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150-200 DM (pro Ausgabe!). Deswegen sind wir dringend auf eure Spenden angewiesen. Wenn euch also das Erscheinen der Zeitung nicht ganz egal ist, dann laßt uns etwas zukommen! Sammelt & Spendet Geld, macht Soliparties & Konzerte.
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Vorwort

diesmal kurz und knapp:
Wir brauchen Geld!!! Unser chronisches Finanzdefizit wird mehr und mehr untragbar. Also: wenn euch die Zeck lieb und teuer (!!) ist, dann laßt uns Geld zukommen, im Briefumschlag in eines unserer Postfächer.
Infoläden können übrigens bei uns die Zeck zu Portokosten abonnieren, d.h. für drei Exemplare 1.50dm im Monat.
Und dann müssen wir aus gegebenem Anlaß noch mal auf den Redaktionsschluß hinweisen, der jeweils am 20. jedes Monats ist. Artikel, die später kommen, können u.U. nicht mehr berücksichtigt werden!

die Zeck

Ordner

Im Ordner (in der Flora) befinden sich:
- ein LeserInnenbrief zur Tierrechtswoche
- Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe zum Abbruch der Tierrechtswoche
- Infos zum Abenteuerspielplatz in der Kreutzigerstraße in Berlin
- Eine Auseinandersetzung mit der Prozeßerklärung Birgit Hogefelds (aus Platzgründen - und vorallem, weil wir die Erklärung von Birgit gar nicht drin hatten)



With a little help ...

Die Fahrradselbsthilfe-Werkstatt in der Roten Flora gibt es nun schon seit mehr als zwei Jahren. Personell waren wir von Anfang an eher knapp besetzt und daran hat sich bis heute nix geändert. Obwohl uns das allwöchentliche Schrauben nach wie vor gut gefällt, wollen wir uns auf diesem Weg um Zuwachs bemühen, denn bedingt durch Urlaub, Krankheit, zeitgleich stattfindende Plena, Demos o.a. können wir kontinuierlich verbindliche Öffnungszeiten einfach nicht gewährleisten. Also bitten wir alle Interessierten, sich Samstags zwischen 16 und 19 Uhr bei uns zu melden oder eine Nachricht im Fach hinter dem Flora-Tresen zu hinterlassen. Wir sind für jede Form der Unterstützung dankbar, auch wer kurzfristig einfach mal einspringen mag, kann uns schon damit ein ganzes Stück weiterhelfen. Vorkenntnisse sind übrigens nicht erforderlich! Also meldet Euch in Scharen, denn schließlich ist es für eine gute Sache, es macht Spaß, Ihr könnt was lernen und es kostet nicht mal Geld.

die Samstags-Schrauberlinge

Autonomia defensa

Die Repression zurückschlagen

Ab Fr. 11.8. wird jeweils am 2. Freitag im Monat im Kleinen Schäferkamp ein Antirepressionsabend stattfinden. Aktueller Anlaß sind die Durchsuchungen wegen Radikal, Raf, Aiz, und Komittee. Wir nennen uns radiba'. Wir wollen durch den Abend die Betroffenen und insbesondere die Eingeknasteten unterstützen. Damit das was wird, ist es euere revolutionäre Pflicht die radiba' zu besuchen. Wir haben von 21.00-3.00 Uhr auf. Kommt vorbei, sacht weiter, tut was für die Freiheit der vier Eingeknasteten, der noch Verfolgten und der drei Untergetauchten aus Berlin. Beugt euch nicht. Lest, lebt, macht, verkauft, bleibt, werdet, radikal!! Besorgt Geld für die Prozesse! Diskutiert anschlagsrelevante Themen.

radiba' von 21.00-3.00Uhr

hat auf am: Fr. 11.8./8.9./13.10./10.11./ usw.

euere radiba's

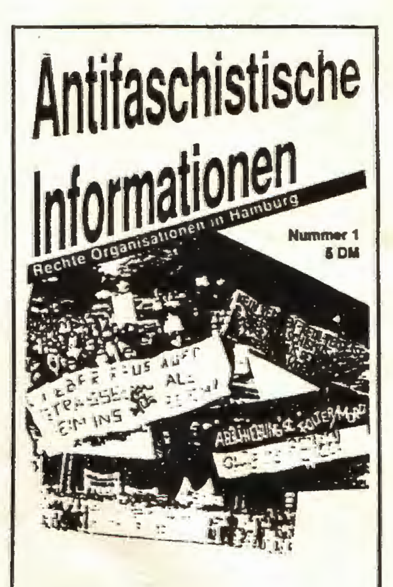
Schanzenfest

Das nächste Vorbereitungstreffen für das Straßenfest im Schanzenviertel ist am Montag, d. 14.8. um 18.30 Uhr in der Roten Flora

Belvedere Open Air 1995

Am 26. August gibt es in Potsdam auf dem Pfingstberg wieder ein nichtkommerzielles Open Air Fest. Dieses Jahr werden die Erlöse der russischen *Initiative revolutionärer Anarchisten (IREAN)* und der ukrainischen *Föderation der Anarchisten im Donbass (FAD)* zukommen. Beide Gruppen sind aktiv als Gegner des Tschetschenienkrieges. Sie unterstützen auch Streikende ihrer Regionen. IREAN geben die Zeitung *Direkte Aktion* heraus. Um die Arbeit beider Gruppen effektiver zu gestalten, bedarf es einer Verbesserung der technischen Mittel. Neben dem Benefitzcharakter soll sich das Belvedere Open Air aber auch in anderer Hinsicht von kommerziellen Festivals unterscheiden. Alle Leute auf dem Festival arbeiten umsonst. Die Bands *Dezerter, Citizen Fish, Graue Zellen, PDM Posse, Guts Pie Earshot* und *Ambush* spielen auf Kostenbasis, um möglichst viel Geld für das Anliegen zusammenzubekommen. Neben Musik wird es Informationen zur Lage in der ehemaligen Sowjetunion geben (mit Videos, Infoständen und evtl. Vertretern von IREAN und FAD).

Belvedere Open Air, Potsdam, Pfingstberg, 26.8.95,ab 14 Uhr, Eintritt 8 DM (per Auto: Berliner Ring bis Abfahrt Potsdam/Süd/Michendorf).



Inhalt

Zur antifaschistischen Recherche

eher traditionell:

Die REPs weiter ernstnehmen

REPs in Hamburg

Deutsch Europäische Studiengesellschaft

Arbeitsgemeinschaft männlicher / maskuliner Gays

Nationale Liste

mit Schlips und Kragen:

Die Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft

Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre

Dr. Reinhard Oberlercher

an Schulen und Unis:

Gruppe 146 — neurechte Kaderschmiede

Braune an Schulen und an der Universität

vertrieben:

Junge Landsmannschaft Ostpreußen

Das Ostpreußenblatt

fast schon Sekten:

Die „Unitarier"

Naturgesetz-Partei

Neue Akripolis — Freies philosophisches Zentrum e. V.

Politisierende Psychosekten

Enthalten ist eine Liste rechter Gruppen und Institutionen in Hamburg sowie ein Index von Organisationen, Publikationen und Verlagen sowie Personen

Die Broschüre kann bezogen werden bei:

Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Erhältlich ist sie auch beim GNN-Verlag oder im gutsortierten Buchhandel. Sie kostet 5,— DM, für Buchläden und Wiederverkäuferinnen pro Exemplar ab 5 Stück 4,— DM, ab 10 Stück 3,— DM zuzüglich Porto. Bezahlung nach Erhalt der Rechnung.



Ferien!

Das Archiv hat währen der Sommerferien geänderte Öffnungszeiten:

Vom 16. August bis einschließlich 13. September bleibt das Archiv mittwochs geschlossen. Montags ist weiterhin auf!





Bleibt radikal

"es ging ja nie um illegalität als selbstzweck, sondern als voraussetzung für freie kommunikation und vermittlung radikaler politischer Inhalte"
(ID-Interview mit einer radi-gruppe, 1989)

13. Juni 1995: Die Bundesanwaltschaft inszeniert einen groß angelegten Coup gegen linksradikale Srukturen. Ab 6.00 Uhr morgens werden bundesweit ca.50 Wohnungen und linke Projekte gestürmt. Die bürgerlichen Medien unterfuttern die Aktion willfährig als "Schlag gegen terroristische Gruppen", zurren die Schleife um das BAW-Paket von AIZ, K.O.M.I.T.T.E. und radikal unhinterfragt zu und sichern es durch einen medialen Doppelknoten ab. Legitimiert durch die Zauberformel des § 129 (ob nun a oder nicht), sowie der Stigmatisierung durch die Bezeichnung "terroristische Gruppen", erscheint die Vorgehensweise der Bullen als normal. Daß da Wohnungen von Hundertschaften geturmt werden, mit gezogener Knarre Kinder aus dem Bett gezerrt werden, fiese Bullenfressen verborgen hinter ihrer Anti-Terror-Maske diese Knarren auf die Köpfe von Menschen richten, denen "nur" die Mitarbeit an einer linksradikalen Zeitung unterstellt wird – das ist bundesdeutsche Realität. Unter dem Vorwand, sie hätten die radikal verteilt oder gar hergestellt, wurden Menschen aus der linken Szene quer durch die Republik, von Berlin über Hamburg bis Köln terrorisiert. Die größte Durchsuchungsaktion gegen die deutsche Linke – kurdische GenossInnen sind in den letzten Jahren regelmäßig in diesem Ausmaß heimgesucht worden – seit langer Zeit.
Am Abend im Fernsehen dann kaum noch ein Wort über AIZ und K.O.M.I.T.E.E., dafür aber – soviel publicity hatten wir schon lange nicht mehr – reichlich Bilder aus dem radikal-Archiv des BKA, peppig in Szene gesetzt und die Meldung von 4 Verhaftungen mit der Begründung: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, der radikal. Zudem werde gegen 21 Bekannte sowie weitere Unbekannte wegen der Unterstützung bzw. der Mitgliedschaft in unserer "kriminellen Vereinigung" ermittelt. Genügend Gründe also, uns selbst abseits der normalen radikal-Ausgaben zu Wort zu melden. Das dies nicht eben schnell geht, wissen alle, die die radikal kennen oder selbst Erfahrungen mit überregionalen Organisationsstrukturen haben.
Wir werden uns hüten, unseren Stellenwert im linksradikalen Geflecht über die Intensität der Repression höher zu hängen als er wirklich ist. Wir mußten immer mit einem solchen Schlag rechnen. Und doch ist bemerkenswert, mit welcher Härte der Apparat gegen ein Zeitungsprojekt vorgehen kann, ohne auch nur mit dem Hauch eines Aufschreis von Seiten einer "linksliberalen Öffentlichkeit" rechnen zu müssen. Bezeichnend ist auch die Kontinuität, mit der selbst in Zeiten einer schwachen radikalen Linken gegen solche Strukturen vorgegangen wird. Kaum scheint die BAW bei ihrem ersten Versuch gescheitert, die Göttinger Antifa (M) mittels demselben Paragraphen 129 zu kriminalisieren, und gerade durfte in Vergessenheit geraten sein, daß das Kölner Kurdistan-Büro neben zahlreichen anderen kurdischen Vereinen von den Bullen gestürmt und zuvor verboten wurde, weil es den "PKK-lastigen" Kurdistan-Rundbrief herausgegeben hatte, da landet die Staatsgewalt ihren nächsten Coup gegen die Reste organisierter Strukturen der radikalen Linken in Deutschland – am gleichen Tag, an dem der Nazi-Briefbombenterror gegen einen Lübecker SPD-Politiker zuschlägt.
Es ist offensichtlich, daß sich dieser Schlag nicht nur gegen uns richten sollte. Wir haben lediglich einen günstigen Vorwand abgegeben. "Die Aktion war eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene", ließ Innenminister und Abschiebespezialist Kanther noch am selben Abend verlautbaren. Während sich der rechte Terror verschärft und das große Deutschland in rot-grün-schwarzer Einigkeit zum ersten Auslands Einsatz der Bundeswehr bläst, soll klar gemacht werden, wo der wirkliche Feind steht, nämlich links. Die Botschaft des Vormittags ist eindeutig, der Zusammenhang AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und radikal sollte in den Köpfen, auch in denen der Linken, hängen bleiben, und damit eine Gleichstellung dieser Gruppen bewirken, um die Kriminalisierung zu vereinfachen.

Zur bescheidenen Erinnerung:
Wir machen und verteilen eine Zeitung. Eine Zeitung, in der jenseits staatlicher Kontrolle und Selbstzensur (Schere im Kopf) unter anderem eine Auseinandersetzung über Straßenmilitanz und bewaffneten Kampf stattfindet - und das zweifellos nicht "neutral". Wir lehnen die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ausdrücklich ab. Im Gegenteil, wir sind parteilich. Die bestehenden Verhältnisse können nur dann erschüttert werden, wenn sich die linksradikalen Gruppen und Zusammenhänge Fähigkeiten und Strukturen aneignen, um punktuell auch schon heute wirksame Gegenmacht entwickeln zu können. Dies schließt notwendigerweise militante und auch bewaffnete Interventionen mit ein, welche ohne Rückkopplung und Vermittlung ins Leere laufen. Natürlich freuen wir uns über jede durch militante AntifaschistInnen verhinderte Nazi-Veranstaltung. Als eine unserer Aufgaben sehen wir es an, faschistische Strukturen aufzudecken, um dadurch alte und neue Nazis angreifbarer zu machen und halten dies auch weiterhin für einen - einen - wichtigen Aspekt antifaschistischer Arbeit. Selbstverständlich wäre auch unsere Begeisterung groß gewesen, hätten wir den Titel der nächsten Ausgabe mit dem Bild des gesprengten Abschiebeknastes in Berlin/Grünau zieren können. Jede/r, der oder die versucht, gegen die deutsche Flüchtlingspolitik zu intervenieren, hätte sich über diesen konkreten Schritt gegen die Abschiebemaschinerie gefreut. Eine radikale Linke, die ihre Geschichte der letzten 25 Jahre ernst nimmt, muß sich mit den Erfolgen und Fehlern von bewaffneten und militanten Gruppen, seien es RAF, Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen oder militante autonome Gruppen auseinandersetzen und daraus Konseqünzen für die Zukunft ziehen. Und sie darf sich nicht darauf beschränken, in die Geschichte zurückzublicken, sondern muß die aktuellen Entwicklungen wahrnehmen und ein Teil von ihnen bleiben, dh. sich in den jetzt agierenden antifaschistischen Zusammenhängen bewegen oder beispielsweise die Auseinandersetzung mit den von uns sehr kritisch beäugten AIZ führen. Der Raum für diese Diskussion muß ständig neu erkämpft und gegen staatliche Angriffe verteidigt werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger versucht die radikal zu ermöglichen, indem sie eine notwendige Struktur zur Verfügung stellt und sich punktuell selber zu Wort meldet. Beinahe überflüssig zu erwähnen, daß die Bullenaktionen gegen die radikal immer gleichzeitig der Kriminalisierung anderer linker Strukturen, die diesen notwendigen Raum zur Verfügung stellen, Vorschub leisten. So zB. der Kriminalisierung von Infoläden und anderen linksradikalen Zeitungen.
Dem aktuellen Angriff gegen uns liegen im Vergleich zu den vorherigen repressiven Kampagnen zwei grundsätzlich neue Qualitätsunterschiede zugrunde. Einerseits werden wir nun zur eigenständigen "kriminellen Vereinigung" gemacht, andererseits wird der radikal erstmalig "durchgängig

strafbarer Inhalt" unterstellt. Ein Blick in die letzten Ausgaben zeigt, was denn nun alles strafbar sein soll. Antirassistische Straßenumbenennungen in Braunschweig, Thesen zu Nationalismus und Befreiungskampf in Kurdistan, eine Aufarbeitung der Geschichte der patriarchalen Geschlechterspaltung, ein Aufruf zur Nutzung nichtkommerzieller Radios, Debatten über linke Kampagnen zum 8. Mai ... Strafbarer Inhalt? Mußten bisher immer einzelne Artikel, meist wegen "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" kriminalisiert werden, spart sich jetzt die BAW die Mühe und erklärt uns der Einfachheit halber gleich zur "kriminellen Vereinigung". Damit wird offensichtlich jeder Inhalt kriminell. Gerade aber die Mischung aus theoretischen Aufarbeitungen und konkretem Ein- und Angreifen, aus Diskussionen und praktischen Handlungsanleitungen, macht die radikal für viele lesenswert. Und auf diese Mischung legen wir Wert. Die radikal soll mobilisieren zum Kampf gegen Nazis und Tips zum Stoppen des Castor-Transports geben, sie soll aber auch informieren über die Debatte zum Antinationalismus oder Hintergründe zur Enstehung kapitalistischer oder patriarchaler Strukturen vermitteln. Und sie soll vor allem denen in den hintersten Winkel der Republik Raum bieten für ihre Aktionen und Schwierigkeiten, die den Augen einer metropolenfixierten und abgeklärten Linken schon lange entgangen sind. Diese Mischung erklärt die BAW als kriminell.

Was die Verfolgungsbehörden über uns erzählen, klingt fast wie ein Krimi. "Hochkonspirativ" seien wir organisiert, zudem hätten wir "festgefügte Organisationsstrukturen". Was da gefährlich und straight anmutet ist jedoch eher eine banale Feststellung. JedeR, der oder die eine Zeitung machen will, braucht "festgefügte Organisationsstrukturen", muß sich zusammensetzen, über den geplanten Inhalt diskutieren, die Verteilung organisieren, Abos verschicken, Artikel schreiben, auf LeserInnen antworten und und und. Was uns von jeder legal erscheinenden Zeitung unterscheidet ist die Tatsache, das wir diese Struktur der staatlichen Kontrolle und damit dem Zugriff der Zensurbehörden entzogen haben. Wir haben über die Jahre eine Organisationsstuktur aufgebaut, mit der eine für den derzeitigen Zustand der radikalen Linken vergleichsweise hohe Auflage von Zeitungen verdeckt bundesweit verteilt wird. Wie in anderen Gruppen, die versuchen, offene oder verdeckte Strukturen aufzubauen, sind wir so wieder zur Zielscheibe staatlicher Repression geworden. Aus ihren Augen gesehen hat die BAW dafür gute Gründe, denn alle bisherigen Schritte gegen uns haben ihr Ziel nicht erreicht. Immer erschien die radikal weiter und hängte sich keinen Maulkorb um. 1982 wurden ca. 20 Wohnungen, Buchläden und Druckereien durchsucht, um gegen die radikal wegen der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vorzugehen. 1984 wurden zwei angebliche Herausgeber der Zeitung zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Sie konnten sich der Haft entziehen, da sie als Abgeordnete für die Grünen ins Europaparlament gingen. 1991 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße ein. Der nächste Schlag folgte 1986, als die radikal schon verdeckt organisiert war. Diesmal waren ca. 100 Buchläden und Wohnungen das Ziel der Bullen. Knapp 200 Verfahren wurden eingeleitet, letztendlich wurden fünf Leute zu 4-10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Repressionswelle 1986 hatte - neben den immer miteinkalkulierten Zielsetzungen der Einschüchterung und Abschreckung, sowie der Fixierung der Aktivitäten auf die Repression – vor allem eins im Sinn. Die radikal sollte aus der Öffentlichkeit vertrieben und ihr Wirkungskreis eingedämmt werden. Dies gelang

...el die türkische ...nsätze in Türkei- deutscher Waffen gegen Terroristen" ...-Richtlinien ver- ...rgumentation hat ...g "vollstes Ver- ...sprecher Hans ...eines Türkei-Be- ...klärte der Gene- ...ndeswehr, Klaus ...chen mit dem tür- ...ef Dogan Güres ...ister Nevzat Ayaz. Waffen in Kurdi- der Umstände als ...en. ...fenhilfe in Größen- ...ausrüstung befähigt ...dazu das kurdische 1500 Dörfer wur- ...n 2 Jahren entvöl- ...llionen KurdInnen August 1994 wird ...e Flüchtlinge in ...efercht, gefoltert ...en. ...ökonomische und ...g der BRD wäre Lage den Völker- ...nen zu begehen. ...ßt sich feststellen, für die Türkei die ...at, wie die USA ...d Mittelamerika. ...e neueste und ge- ...fen befindliche ...ischen Armee ...vochen wurden Dersim entvöl- ...lder der Region ...gust bis heute ...ftangriffe in ...eitung "Özgür türkischen Mi- militärische Be- ...nen von Dörfen ...chen Streitkräfte Bezug auf die Zer- Kaiser Nero. Wie ...ederum der Zeitung bisherigen Zerstö- für die Vernich- ...0 Dörfern und ...GERTER ARM... ...KÄMPFUNG IN ...er "Man läßt ...n schwierigen Si- ...!" (Klaus Kinkel) in der BRD leben- Kurden hat einen ...reicht. Mit der seit Kriminalisierung von ...folgung, Verhaftung ...it Prozessen gegen ...ieder nach §129a ...rozeß 1986 und 1993 durch das ...erbot von 42 ...RD in Eu- ...en den

...er EU die Führu... ...ie Vorreiterrolle in der Zerschlagung der kurdischen Organisationen übernommen (nach Deutschland wurden auch in anderen EU-Staaten, z.B. in Frankreich, Vereinsverbote erlassen). Damit hat sich die BRD auch auf ihrem Territorium zum verläßlichsten Partner des türkischen Militärs und dem von ihr abhängigen politischen System erwiesen.

Im September 1993, während des Staatsbesuchs der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller in Bonn, wurde bereits definitiv das Verbot der PKK zugesagt. So waren die bewaffneten Aktionen der PKK in der BRD nur wenige Wochen später zwar der Anlaß, nicht aber der eigentliche Grund des Verbotes. Damit hat die Bundesregierung die türkische Formulierung vom "Kampf gegen den Terrorismus" bis zur letzten Konsequenz übernommen. "Danke Helmut" hieß es dann in der türkischen Tagespresse nach dem PKK-Verbot.

Am 19.07.94 ist der türkische Generalstabschef Dogan Güres, hauptverantwortlicher Koordinator für den Krieg gegen die KurdInnen, zu einem viertägigen Aufenthalt von Bundeswehr Generalinspekteur Klaus Naumann mit militärischen Ehren im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe empfangen worden. Nach Angaben des Ministeriums sollen Gespräche mit ranghohen Offizieren stattgefunden haben, sowie Besuche bei verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr. Ende Juli 1994 verkündete Güres in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" denn auch, daß mit den Regierungen der europäischen Staaten die "erforderlichen Kontakte" geknüpft worden seien, damit der PKK Einhalt geboten werde könne. Zudem sei er nach Gesprächen mit Verteidigungsminister Volker Rühe "zuversichtlich", daß die Straftäter aus Reihen der PKK an die Türkei ausgeliefert würden.

Seit dem Verbot der PKK und der mit ihr in Verbindung gebrachten kurdischen Kulturvereine werden alle von KurdInnen geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die Verbote, wie auch Proteste gegen das Vorgehen der türkischen "Sicherheitskräfte" in Kurdistan massiv kriminalisiert, trotzdem durchgeführte Aktionen werden brutal auseinandergeknüppelt. Staatlich gelenkte und von den Medien begierig aufgegriffene Hetze gegen KurdInnen in der BRD führen zur gewollten Pogromstimmung. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetze war die Ermordung von Halim Dener durch Bullen beim Plakatieren in Hannover.

Für KurdInnen in der BRD sind Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt. Der praktisch verordnete Notstand gegen eine gesellschaftliche Gruppe birgt in sich auch die Warnung an alle anderen oppositionellen Kräfte in der BRD, mit ihnen ebenso verfahren zu können. Die in

der ... die an ...aktionen teilgenommen und die sich z.Z. im Hungers... befinden, wird mit der Ausweisung b... mit der Ablehnung ihrer Asylanträge g... droht.

"Es kann nicht sein, daß ausländische Gewalttäter ihr Gastrecht mißbrauche... und Deutschland zum Schauplatz eine... Bürgerkrieges machen", so der einhelli... Tenör deutscher Politiker zu den St... ßenblockaden. Die Abschiebung v... KurdInnen in die Türkei, kann für ... gerade wenn sie mit dem kurdischen Be... freiungskampf in Verbindung gebra... werden, Folter und Tod bedeuten.

Wir haben uns eine Einrichtung der ...deswehr wegen deren Zusammena... und aktiven Unterstützung der türk... "Sicherheitskräfte", auch stellvertre... für die Innen- und Außenpolitik der ... im Zusammenhang mit dem kurdis... Befreiungskampf, als Ziel gewählt. ...rade im Hinblick auf mögliche Kamp... ...sätze der Bundeswehr im Rahmen UNO oder WEU ist der deutschen A... mehr Aufmerksamkeit zu schenk... Während des Golfkrieges waren E... 1990 schon einmal deutsche Soldaten Nordkurdistan stationiert. Es ist ... auszuschließen, daß es zukünftig wie... zu Bundeswehr Einsätzen im Zusamme... hang mit NATO-Verpflichtungen auch ... Kurdistan kommen wird. Die deutsch... Außenpolitik hat sich das Instrument... rium zum direkten militärischen Eingre... fen geschaffen und wird davon auch G... brauch machen. Dieser Entwicklung ... es sich entgegenzustellen."

Sofortige Beendigung der milit... schen, ökonomischen und politisc... Zusammenarbeit mit der Türkei!

Boykottiert den Tourismus in die T... kei!

Aufhebung der Verbote von Par... und Vereinen!

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Solidarität mit den kurdischen p... schen Gefangenen in den E... Knästen, die sich seit dem 10.8.9... Hungerstreik befinden!

Unterstützt den kurdischen B... ungskampf!

Das K.O.M.I.T.E.E.
(Quelle: Erk. aus der Post)

radikal 12/94 2...

nicht. Trotz dem Abspringen zahlreicher Buchläden, die meist noch aus der legalen Zeit der radikal stammten und lediglich hohe Zahlungsdefizite hinterließen, wurde die Arbeit an der radi sowie deren Verteilung immer dezentraler aufgeteilt. Ein ganzes Netz aus Gruppen und Personen übernahmen aus ihren Bedingungen heraus ein Stück Verantwortung für die Zeitung. 1989 schlugen die staatlichen Zensurbehorden ein weiteres Mal zu, nachdem der Amsterdamer ID-Verlag ein Interview mit uns als Broschüre herausgegeben hatte.

Der Schlag der BAW macht einmal mehr deutlich, daß das ganze Gezetere der bürgerlichen Medien und der Linksliberalen gegen die Politik bewaffneter Gruppen mit dem Tenor "Eure Aktionen ermöglichen es der Staatsgewalt, die Repressionsschraube immer weiter anzudrehen" vollkommene Augenwischerei sind. Auch durch den Gewaltverzicht der Guerilla wird nicht der Raum geöffnet für "gesellschaftlich andere Auseinandersetzungsebenen". Die Aufmerksamkeit der Saubermanner fur Ordnung und Ruhe richtet sich weiterhin gegen linksradikale Gruppen, die als gemeingefährlich definiert und im gewohnten und bereits erreichten Niveau angegriffen werden.

Vier Leute sitzen jetzt im Knast ! Das geht auch an uns nicht eben locker und spurlos vorbei. Daher wollen wir auf alle Fälle den Austausch und die Kommunikation mit den Solidaritätsgruppen. Der Vorwurf gegen die 4 lautet: Sie sollen die radikal gemacht und verteilt haben. Aber wer "macht" denn eigentlich die radikal ? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Antifa-Aktion schicken, oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem FreundInnenkreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar Berichte abschreibt und lay-outet, oder die, die dafur sorgt das nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt ? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um danach lange artikel in der radi zu veroffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen ? Wir wissen nicht ganz genau, wen die Verfolgungsbehörden als die radikal bezeichnet, aber wir wissen, gemeint sind wir alle! Alle die weiterhin darauf bestehen, daß die radikale Linke Kommunikationsstrukturen braucht, die sich der Kontrolle und dem Zugriff der Staatsgewalt des Staatsapparates entziehen. Und alle, die weiterhin darauf bestehen, daß man/frau sich organisieren muß, um im kapitalistisch-patriarchalen Alltag nicht unterzugehen. Deshalb liegt es auch an uns allen, diesen Angriff nicht unbeantwortet zu lassen und hinzunehmen.

Wir brauchen eine unkontrollierte Widerstandspresse !
Lest, nutzt, verteilt und bleibt radikal !
Powrige Grüße an Rainer, Ralf, Werner und Andreas !
Raus mit den Gefangenen !
Die Zähne zeigt wer's Maul aufmacht !

Einige radikal-Gruppen

Die radikal ist erreichbar über
1. Umschlag: NN. Van Ostadestraat 233n.
NL-1073 Amsterdam.
2. Umschlag: Z.K.



Zu den Hausdurchsuchungen

Seit den bundesweiten Hausdurchsuchungen wegen »radikal«, »K.O.M.I.T.E.E.« und »AIZ« sind nunmehr 6 Wochen vergangen. Seit sechs Wochen sitzen jetzt auch die vier damals Festgenommenen, Andreas, Ralf, Rainer und Werner, im Knast - inzwischen nicht mehr im Karlsruher Raum sondern in Lübeck, Neumunster, Bielefeld und Berlin. Außerdem wurde am 3.7. ein Mensch aus Bremen, nachdem er bei der BAW als Zeuge geladen war und die Aussage verweigerte, zu 5 (!) Monaten Beugehaft verurteilt und sitzt jetzt in Heimsheim im Knast. Außerdem ermittelt die BAW nach eigenen Angaben gegen mindesten 25 weitere Personen im Zusammenhang mit der »radikal«. Nach wie vor sind die Gefangenen den politischen Sonderhaftbedingungen ausgesetzt und Besuche und Post werden von den Knastleitungen massiv behindert.
Nachdem bei allen Gefangenen die Haftprüfungstermine eine Bestatigung der Untersuchungshaft brachten und die BAW dabei außer dem Protokoll eines angeblich im September 1993 abgehörten Treffens in der Eifel nichts vorlegte um die Untersuchungshaft weiter zu »begründen« muß wohl davon ausgegangen werden, daß in nächster Zeit weitere Personen als »ZeugInnen« vorgeladen und dann ebenfalls in Beugehaft genommen werden.
Obwohl die Durchsuchungen und die Einknastungen die größte Staatsschutzaktion gegen die linke Szene seit langem ist, kommt die Solidarität erst langsam in die Gänge. Bisher gab es an allen Knästen, teilweise mehrere, Knastkundgebungen, von denen die Eingeknasteten zumindest zum Teil auch einiges im Knast mitbekommen haben. Außerdem gab es in mehreren Städten Veranstaltungen zu den Razzien und zum - 129(a). Die Infogruppe Hamburg hat zusammen mit dem - ebenfalls von den Durchsuchungen betroffenen - ID Schleswig-Hostein eine Broschüre herausgegeben, in der die diversen Stellungnahmen nach den Durchsuchungen nachzulesen sind.
Die Berichterstattung in den Medien ist spärlich und von Seiten einer »liberalen Öffentlichkeit« ist auch nichts zu hören. Einzige Ausnahme ist eine vom Unrast-Verlag initiierte von diversen linken Verlagen, Buch- und Infoläden und Personen aus dem Verlagsbereich unterzeichnete Erklärung, in der die Solidarität mit den wegen »radikal« Gefangenen und Gesuchten bekundet wird.
In Hamburg gibt es im August zwei Veranstaltungen zu dem Themenkomplex:
- am 17.8., 19 Uhr findet in der Roten Flora eine Veranstaltung der Roten Hilfe zu **Aussageverweigerung** statt (siehe separate Ankündigung im Heft).
- voraussichtlich am 24.8. soll es ebenfalls in der Flora vom Soliplenum eine Veranstaltung zur Situation nach den Durchsuchungen, den Hintergründen und Einschätzungen der Staatsschutzaktion zum §129a und zur »radikal« geben.
Außerdem findet am 11.8. ab 16 Uhr ein **Konzert am Knast in Lübeck** statt.

Außerdem ist die Infostelle in der Flora Dienstags und Donnerstags von 16-19 Uhr geöffnet und während dieser Zeit telefonisch unter 433007 und ansonsten über Fax (ebenfalls 433007) zu erreichen.
Die Adresse ist: Infostelle, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Und **Geld** wird natürlich auch dringend gebraucht. Dazu wurde ein Solikonto eingerichtet: Netzwerk Lübeck e.V., **KtoNr: 172 936, BLZ 50090100, Ökobank e.G.**, Stichwort: Rechtshilfefond



Aussageverweigerung

Veranstaltung mit Information und Diskussion von Betroffenen und einer Rechtsanwältin
Donnerstag, 17. August, 19 Uhr, Rote Flora

Die Durchsuchungen vom 13. Juni, die sich vorgeblich gegen die »radikal« das »K.O.M.I.T.E.E.« und die »AIZ« richteten und eine Welle von Vorladungen auch in anderen Verfahren, setzt sie wieder auf die Tagesordnung. Die Beschaftigung mit der Aussageverweigerung.
Vier Menschen sind verhaftet worden und sitzen in Einzelhaft, weitere sind Beschuldigte. Aber auch FreundInnen, ArbeitskollegInnen, MitbewohnerInnen konnen als ZeugInnen vorgeladen werden. Gegen einen Menschen aus Bremen, der bei der BAW die Aussage verweigerte wurde bereits eine funfmonatige Beugehaft verhangt.
Aber nicht nur in diesem Zusammenhang, einem von der BAW gefuhrten § 129(a)-Verfahren, sondern im Rahmen jeder politischen Betatigung, sei es beim Plakatieren, auf einer Demo oder bei der Begegnung mit Faschos, wird, wenn die Polizei ins Spiel kommt, die Frage der Aussageverweigerung aktuell.
Das reicht von der Routinekontrolle oder Festnahme, wo es darum geht, sich ein paar Stunden nicht überrumpeln oder nevös machen zu lassen bis dahin, sich mit einem halben Jahr Knast und den Folgen fur das eigene Leben auseinanderzusetzen.
Wir wollen auf der Veranstaltung:
- praktische und juristische Informationen zu den unterschiedlichen Situationen, in denen Aussagen verlangt werden, geben;
- das Thema anhand persönlicher Erfahrungen diskutieren.
Wir wollen mit dieser Veranstaltung deutlich machen, daß grundsatzlich Aussageverweigerung richtig und notwendig ist, ein Ausdruck praktischer Solidarität, der Justiz und Polizei die Arbeit ernsthaft erschwert und langfristig das Risiko fur alle am geringsten hält.
Uns ist klar, daß dieses Ziel nicht mit Nicken und Zähne-Zusammenbeißen zu erreichen ist, nicht mit vorgeblicher Harte und glatter Klarheit.
Bullen machen Angst, Knast tut weh und wir sind oft schwach; aus einer Auseinandersetzung damit wachsen Solidarität und Zusammenhalt.

Anna und Arthur halten's Maul

ZeugInnenvorladungen

zur Bundesanwaltschaft am 20.7.95 im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen in der Fritzlarer Str. 18 in Frankfurt/Main

Parallel zu den Vorladungen im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen vom 13.6. wurden auch in Frankfurt Leute nach Karlsruhe zur BAW vorgeladen. Wir dokumentieren das (leicht gekürzte) Flugblatt, in dem die Betroffenen ihre Situation darstellen:

Am 27.06.95, an dem sich die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung von Birgit Hogefeld zum zweiten mal jährt, wurden sechs Wohnungen in einem teilweise besetzten Haus in Frankfurt mehrere Stunden durch ca. 50 Beamte von BKA, LKA, Polizei FFM und BAW besetzt und durchsucht.

Grundlage der Durchsuchung, wie bei den vorherigen Malen, ist ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, mit dem Konstrukt »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexpolsion.«

Konkret geht es um die Sprengung von Weiterstadt, durch die RAF; es ist ein und dasselbe Verfahren, das ursprünglich gegen den VS-Agenten Steinmetz lief, aber eingestellt wurde, und nun gegen Unbekannt weitergeführt wird.

Ursprünglicher Anlaß der ersten Durchsuchung im Mai 94, war das aufgefundene Motorrad von Steinmetz, das eine Frau aus dem Haus, nach Bad Kleinen weitergefahren hat, es wurde zum »Fahndungserfolg«, weil in den dazugehörigen Motoradkoffern, angeblich Sprengstoffspuren gefunden wurden. (...)

Noch während der Durchsuchung händigte der anwesende Bundesanwalt Griesbaum, an vier Bewohnerinnen Vorladungen zur Vernehmung aus, da sie »Zeugen« in diesem Verfahren sind. Besser gesagt von Beyer und Griesbaum dazu gemacht wurden, genauso wie wir morgen Beschuldigte sein können.

Die diesmal Betroffenen sollten sich am gleichen Nachmittag im Frankfurter Polizeipräsidium einfinden, um vom Bundeswalt vernommen zu werden. Die »Zeuginnen« sind nicht ins Präsidium gegangen, und wir werden auch nicht in Karlsruhe, vor dem Bundesrichter Beyer unsere Haltung ändern, weil wir grundsätzlich die AUSSAGE VERWEIGERN !

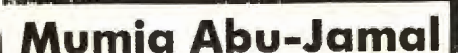
Mittlerweile sind sechs Vorladungen zur Bundesanwaltschaft eingetroffen. Wir gehen davon aus, daß sechs der BewohnerInnen in Beugehaft genommen werden. In einem anderen Verfahren wurde kürzlich ein Zeuge, der zur Bundesanwaltschaft geladen worden war, direkt in Beugehaft genommen, weil der Bundesrichter Beyer zur Ladung hinzugezogen wurde und auch flugs herbeigeeilt kam, um die Beugehaft zu verhängen.

Wir sehen unsere Entscheidung, die Aussagen zu verweigern als die persönlich richtige und politisch notwendige, um uns gegen diesen Terror zur Wehr zu sezten. (...)

Während unserer Protestaktion vorm Bundesgerichtshof in Karlsruhe nach der jüngsten Durchsuchung teilten wir Bundesanwalt Griesbaum persönlich mit, daß der Terror, den er gegen uns einsetzt, nichts bringt und wir nichts aussagen werden!

Wir werden gemeinsam mit den Vorgeladenen zur Bundesanwaltschaft fahren und die Vorgeladenen mit unserem Protest begleiten. (...)

Haltet eure Augen und Ohren offen, denn weitere Vorladungen können in nächster Zeit kommen. Wir halten euch auf dem laufenden.



Mumia Abu-Jamal

Wie ihr wahrscheinlich alle wißt, hat Richter Sabo letzte Woche den Befangenheitsantrag gegen sich als unbegründet zurückgewiesen. Die Entscheidung über die Aussetzung des Hinrichtungsbefehles ist von ihm bisher verzögert worden. In anderen Prozessen wird hierüber sehr schnell entschieden, da so der juristische Weg für den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens freigemacht würde. Dieser Antrag wird vor einem anderen Gericht verhandelt, Sabo wäre dafür nicht mehr zuständig. Er hat für die nächsten Wochen 24 ZeugInnen geladen, um über die »Aussetzung nachdenken zu können«. Der letzte Termin für die Anhörungen ist der 31. August, d.h. 14 Tage nach dem festgesetzten Hinrichtungstermin! In den USA wird jetzt verstärkt dafür mobilisiert, Faxe an die Vorgesetzten Sabos zu schicken, um den Druck auf ihn zu erhöhen. Die Anwälte Mumias haben parallel dazu einen Antrag auf Absetzung von Sabo wegen seiner Verzögerungstaktik gestellt.

In Hamburg wird ab dem 1. August täglich eine Mahnwache vor dem US-Konsulat stattfinden.

Für den 14. 8. wird von verschiedenen Initiativen und Gruppen eine Demonstration oder Kundgebung vorbereitet. Die IG Medien wird am 12. 8. ebenfalls eine Demo organisieren, achtet also auf Ankündigungen, da der genaue Termin noch nicht bekannt ist.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!!

Hungerstreik der RAF

Erklärung der Gefangenen aus der RAF an die Demonstration »Freiheit für Mumia Abu Jamal« am 22.07.1995 in Berlin

Wir grüßen euch allle heute auf der Demo in Berlin, und wir hoffen, daß viele gekommen sind!

Gebt nicht auf um Mumias Leben zu kämpfen, wir können es nur schaffen mit der Anstrengung und Kraft von uns allen zusammen. Vergeßt die Schwäche, die Vereinzelung, die tausend Probleme. Mumia braucht uns alle JETZT!

Wir schließen uns dem Aufruf unserer gefangenen italienischen Genossen und Genossinnen an und wenden uns hier an alle Gefangenen, politische und soziale, hier und in allen imperialistischen Knasten weltweit:

Am 1. August gehen wir für drei Tage in den Hungerstreik, schließt euch uns an und macht immer für drei Tage weiter, durch die kommenden Augustwochen durch.

Kämpfen wir zusammen für Mumias Leben!
Mumias Leben ist unser Leben!

die Gefangenen aus der RAF
Hanna Krabbe, Heidi Schulz, Sieglinde Hofmann, Helmut Pohl, Rolf-Clemens Wagner, Eva Haule, Rolf Heißler, Christian Klar, Brigite Mohnhaupt, 22.07.1995

§§ 129/129a-Anklage gegen die Autonome Antifa (M) nicht zugelassen

Hauptanklage der GSA zusammengebrochen



GÖTTINGEN. Was als Ermittlung im Auftrag des Generalbundesanwalts und der niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaft (GSA) wegen 52 unaufgeklärter Anschläge und vermeintlich *„terroristischer Gruppen"* in Göttingen begann, endet nun voraussichtlich vor der untersten Strafinstanz, dem Amtsgericht Göttingen, mit dürftigen Anklagen – vor allem Verstößen gegen das Versammlungsgesetz – gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Dazwischen liegen vier Jahre Überwachung mit einem finanziellen Aufwand in Millionenhöhe, Observationen rund um die Uhr, knapp 14000 protokollierten Telefongesprächen und einer großangelegten Razzia mit 30 Hausdurchsuchungen.

Die Rechtfertigung der Verantwortlichen für diesen Aufwand wurden dagegen immer dünner. Zug um Zug mußte schon die Generalstaatsanwaltschaft selbst ihre Konstruktionen in der Öffentlichkeit demontieren. Die 52 Anschläge fielen schnell völlig weg, die ersatzweise konstruierten *„intensiven Kontakte der Autonomen Antifa (M) auf mehreren Ebenen zur RAF"* mußten ebenfalls gestrichen werden.

Die ursprünglich gesuchte *„terroristische Vereinigung"* wurde schließlich zu einer *„kriminellen"* (§ 129) und aus den *„intensiven Kontakten zur RAF"* wurde *„Werbung"* für diese (§ 129a Abs. 3). Um das schwache Konstrukt der kriminellen Vereinigung zu stützen, wurde es mit einem Wust an Kleinstraftaten (vor allem Verstöße gegen das Versammlungsgesetz) ausgefüllt. Doch dann sorgte die Ablehnung der § 129a-Anklage gegen den Buchladen Rote Straße durch das OLG Celle für den ersten Wirkungstreffer gegen die GSA.

Endler am Ende

Und nun der nächste Tiefschlag für Generalstaatsanwalt Endler und seine Kumpanen: Auch die durch sie erstellten Hauptanklagepunkte gegen die Autonome Antifa (M) kamen beim zuständigen Oberlandesgericht nicht durch.

Die *„kriminelle Vereinigung"* wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Autonome Antifa (M) zwar ständig Staftaten begangen habe, diese sich jedoch in Verstößen gegen das Versammlungsgesetz erschöpften. Nach Einschätzung des OLG ist die Autonome Antifa (M) zwar eine *„linksextremistische Bewegung"*, deren Fernziel die Beseitigung des nach ihrer Auffassung weltweit herrschenden imperialistsichen Systems und die Errichtung einer gerechten Gesellschaft sei, doch sei sie bestrebt, sich als legale, gesellschaftlich wirksame Kraft zu etablieren. Dementsprechend versuche sie für ihre Auffassungen durch Agit-Prop-Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Schriften in der Öffentlichkeit zu werben.

Auch der § 129a-Vorwurf der GSA, die in einem Veranstaltungsplakat mit dem gesprengten Knast von Weiterstadt Werbung für die RAF sah, wurde in der Entscheidung zurückgewiesen. Vielmehr sei die zentrale Losung *„Kampf der Klassenjustiz"* und *„Keine Kriminalisierung des revolutionären Widerstands"* die eigentliche Botschaft des Plakates. Geworben werde nicht für die RAF, sondern für die Antifaschistische Aktion, der die Autonome Antifa (M) angehöre. Auch das Einladen von ehemaligen RAF-Gefangenen zu einer Veranstaltung zum Thema *„Kampf der Klassenjustiz"* erscheint den OLG-Richtern sachgerecht.

Weiterhin 17 Anklagen

Doch auch wenn nun sämtliche Rechtfertigungen für den enormen Ermittlungsaufwand eingestürzt sind, werden sich trotzdem weiterhin alle 17 mutmaßlichen Mitglieder der Autonomen Antifa (M) auf der Anklagebank wiederfinden. Offenbar sind diese Anklagen das vorläufig letzte Mittel, um der GSA eine totale Niederlage zu ersparen und sie nicht völlig der Lächerlichkeit preiszugeben. Hinzu kommt, daß die zu erwartende finanzielle Belastung für die Angeklagten nach wie vor sehr groß sein wird.

Auch die Überwachung der Autonomen Antifa (M) dauert trotz oder gerade wegen der schweren Niederlage der GSA an. So wurden die Aktionen der Gruppe zum 8. März und zum 8. Mai 1995 von Staatsschützern observiert, Treffen überwacht und Erkundigungen eingezogen. Auch der niedersächsische Verfassungsschutz interessiert sich ausgiebig für die AntifaschistInnen und widmete ihnen in seinem neuesten Bericht 10 Seiten (im Vorabdruck).

Jeden 3. Sonntag im Monat
Veganes Frühstück
in der Chemnitzstraße
11.00 - 15.00 Uhr
(20.8., 17. 9., 15.10.)

Geld oder Leben

Damit wir uns richtig verstehen
DIES IST EIN ÜBERFALL.
Du stehst jetzt sofort auf,
und fängst an zu leben,
aber zack zack!
Am Besten, indem Du bald mal
Deine Ideen in der Flora
wirklichkeit werden läßt.
Los!



wenn Du das nicht tust
hast Du noch eine Chance:
Dein Sympathisantinnentum
materialisiert sich in Form
von Schotter.
Geh sofort in die Bank
und schieb unauffällig einen
Zettel übern Tresen!
Dauerauftrag und so,
Du verstehst schon.
Verstanden !!??

Erklärung zur Fördermitgliedschaft

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Verein Flora e.V. für seine gemeinnützigen Zwecke einen regelmäßigen Förderbetrag zu zahlen

Mein Förderbeitrag beträgt DM . . . monatlich (zum 15.).

Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit kündbar.

Name . . . .

Anschrift . . . .

Tel. (freiwillig) . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .

Zahlungsweise. O Dauerauftrag O Einzugsermächtigung

O Ich möchte jedes halbe Jahr den Rote Flora Rundbrief für Fördermitglieder bekommen

O Ich möchte eine Spendenbescheinigung (bitte nur wenn unbedingt nötig)

Zahlungsempfänger:
Verein Flora e.V.
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Konto:
Flora e.V
Kontonr. 12207608
BLZ 201 900 03
Hamburger Bank von 1861

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein Flora e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen für Förderbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kontonr . . . .

Konto Inhaber/in . . . . . .

bei (Geldinstitut) . . . . . .

Bankleitzahl . . . . . .

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name

Anschrift

Ort, Datum, Unterschrift

Hungerstreik der KurdInnen

Seit dem 14. Juli befinden sich mehrere tausend kurdische Gefangene in der Türkei in einem unbefristeten Hungerstreik. Ihnen haben sich ca. 1.400 KurdInnen in verschiedenen eurpoäischen Großstädten (u.a. in Brüssel, Athen, Den Haag, London, Berlin, Frankfurt) aber auch in Moskau und Washington angeschlossen. Gemeinsam mit den Gefangenen fordern sie eine politische Lösung für Kurdistan, ein Ende der Morde an ZivilistInnen, der Folter in den Knästen sowie des Niederbrennens kurdischer Siedlungen und Dörfer. Insbesondere zielt der Widerstand aber auf die Anerkennung der Gefangenen als offizielle Kriegsgefangene gemäß der Genfer Menschenrechtskonvention ab.
Am 27. Juli starb die 41-jährige Kurdin Gülnaz Baghistani in Berlin nach acht-tägigem Hungerstreik. Sie war im Laufe des Nachmittages, wie fünf weitere KurdInnen auch, ins Koma gefallen. Vorausgegangen war ein brutaler Bulleneinsatz, mit dem die angemeldete und genehmigte Mahnwache der Hungerstreikenden vor der Gedächtniskirche aufgelöst worden war. Daraufhin marschierten diese aus Protest in das 8 km entfernte kurdische Kulturzentrum. Der psychische und physische Terror sowie der notwendig gewordene Umzug bei brütender Hitze strengte die vom Hungerstreik erschöpften zusätzlich an. Die deutschen Behörden tragen die Verantwortung für den Tod von Gülnaz Baghistani; wäre die Räumung nicht gewesen, wäre sie noch am Leben! Trotz dieses Todesfalles wurde der Hungerstreik in Berlin fortgesetzt.
In Frankfurt wurden die hungerstreikenden KurdInnen von den Bullen mit Wasserwerfern und Schlagstöcken angeriffen. 230 KurdInnen wurden - zum Teil schwer verletzt - verhaftet.
Parallel zu dem Hungerstreik wurden am Montag den 24. Juli in Bremen das Büro von RTL-Nord und in Hannover die Redaktion des Hannoverschen Wochenblattes besetzt, um die Veröffentlichung einer Erklärung zur Lage in Kurdistan zu erreichen. Die Besetzungen wurden jeweils nach mehrenen Stunden, in Bremen durch massives Einschreiten der Polizei, beendet, wobei 15 Menschen festgenommen wurden.
In Essen, Berlin, Hannover und Frankfurt fanden Protestkundgebungen statt.
Quelle: Junge Welt

Bereits am 4. Juli waren 200 KurdInnen in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Anlaß hierfür war die anhaltende Repression seitens des deutschen Staatsapparats gegen kurdische Vereine und Organisationen.
Am 27.6. wurden im Rhein-Main-Gebiet 92 Hausdurchsuchungen bei KurdInnen durchgeführt, unter anderem wurde das Büro von Yek-Kom (Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.) durchsucht. Aktueller Anlaß für diese Bullenaktion war die Großdemonstration von 200.000 Menschen für eine politische Lösung in Kurdistan am 17. Juni in Bonn. Schon im Vorfeld der Demo hatten die Bullen gedroht, Yek-Kom zu verbieten, falls der Dachverband wie geplant als Anmelder auftritt. In anderen Städten, so z.B. in Berlin, Bremen und Essen hatte der Staatsschutz Busunternehmen unter Druck gesetzt, Reisebusse nicht an KurdInnen zu vermieten.
Diese neuerlichen Angriffe gegen kurdische Strukturen reihen sich nahtlos ein in die seit dem Verbot von PKK, ERNK und anderen kurdischen Vereinen im November 1993 stattfindende Kriminalisierungs- und Einschüchterungskampagne seitens der BRD. Hiermit wird von Kanther und Co. in weiten Teilen die offizielle Kurdistanpolitik der Türkei in der BRD fortgesetzt.
So wurde am 1. Juni der Agri-Verlag für kurdische Publikationen in Köln durchsucht und versiegelt, ein Großteil der Bücher, Zeitschriften und Musikkassetten wurde beschlagnahmt. Das Vorgehen weist starke Parallelen auf zum Umgang der türkischen Sicherheitskräfte mit kurdischen Zeitungen in der Türkei wie Özgür Ülke, Özgür Gündem oder Yeni-Politika, deren Ausgaben auch immer wieder beschlagnahmt wurden und die schließlich ihren Betrieb aufgrund staatlicher Repression gänzlich einstellen mußten.
Auch kommt es immer wieder zu Provokationen und Angriffen seitens der Bullen auf kurdische Versammlungen und Demonstrationen. Eine Demo aus Anlaß der Schließung des Agri-Verlags wurde verboten, 400 TeilnehmerInnen wurden festgenommen. Eine Veranstaltung des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan wurden von GSG 9- Bullen gestürmt, es kam zu 106 Festnahmen.
Derzeit befinden sich mindestens 300 politische kurdische Gefangene, teilweise unter Isolationshaftbedingungen, in den deutschen Knästen, ihnen droht die Abschiebung in die Türkei.
Neben dieser Kriminalisierung läuft seit Monaten eine Desinformationskampagne seitens der Bundesregierung und weiten Teilen der Öffentlichkeit, die auf eine Stigmatisierung des kurdischen Widerstandes als "terroristisch" abzielt, um so in einem Klima der Entsolidarisierung diesen isolieren und den politischen Kurs Seite an Seite mit dem NATO-Verbündeten Türkei rechtfertigen zu können.
Gleichzeitig soll den KurdInnen vermittelt werden, daß bei politischer Betätigung jederzeit willkürliche Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Abschiebungen drohen.

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!
Weg mit dem Verbot von PKK, ERNK und allen anderen kurdischen Vereinen und Organisationen!



Demonstration
in Frankfurt/M. am 27.7.95

IHR HABT DIE MACHT, UNS GEHÖRT DIE NACHT

In der Nacht zum 24.7.95 haben wir die Werft der Firma Lürssen in Lemwerder bei Bremen mit einem Sprengsatz heimgesucht. Sie ist einer der Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt.
Lürssen liefert seit Jahren Militärschiffe in die Türkei, z.Zt. sind Flugkörperschnellboote in Lemwerder und in der türkischen Marinewerft Tazkisac im Bau, und exportiert Produktionsanlagen, das nötige Know-How sowie militärische Ausbildung in alle Welt.

Die BRD unterstützt das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung als Waffenlieferant Nr.2, hinter den USA. BRD-Militärmaterial in Höhe von 1,5. Milliarden DM (im sog. Materialhilfeabkommen für die Jahre 1990-95) wurde zur Sicherung der imperialistischen Interessen in das strategisch wichtige "NATO-Partnerland Türkei" in den letzten 5 Jahren geliefert. Mit Großaufträgen wie dem Ausbau von Übrwachungsanlagen an der Grenze zu Syrien, wohin das türk.Regime eine erprsserische Wsserpolitik betreibt, oder die Unrüstung von 450 NVA-Panzern, die den türkischen Machthabern schließlich geschenkt und in Kurdistan eingesetzt wurden, sichern sich die BRD-Konzerne und -Rüstungsindustrie ihre Gewinne. 700 deutsche Rüstungsfirmen produzieren heute direkt in der Türkei.
In dem Krieg gegen die KurdInnen werden seit mindestens 5 Jahren systematisch Dörfer niedergebrannt: nach dem Menschenrechtsverein IHD sind bis Oktober 94 mehr als 1300 Dörfer in Kurdistan zwangsgeräumt oder zerstört worden. In den letzten Monaten konzentrierten sich die Razzien und Vertreibungen sowie Folterungen und Hinrichtungen auf DorfbewohnerInnen in der Provinz Dersim. Aus dieser Region kamen schon seit den 60er Jahren viele der hier in der BRD lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor der gezielten Verarmungs- und Zerstörungspolitik flüchteten. Zunehmend werden heute auch die kurdischen Städte aus Kampfflugzeugen bombardiert und Flüchtende in Internierungslager außerhalb der kurdischen Großstädte eingesperrt.
Trotz z.T. massiver Proteste durch die kurdischen MigrantInnen und teilweise durch parlamentarische Gremien gehen die Rüstungslieferungen ungehindert weiter und "verzichtet" auch der Europarat in Straßburg "auf Sanktionen gegen die Türkei" (FR vom 27.6.95)
Die Flucht vor dieser Vernichtungspolitik in die BRD bzw. Westeuropa wird für KurdInnen durch die rassistische Asylgesetzgebung (und die Durchsetzung des Schengener Abkommens) immer schwieriger. Innenminister Kanther konnte es "als großen Erfolg" darstellen, "daß aufgrund des drastisch eingeschränkten Asylrechts immer weniger Menschen die Möglichkeit haben, in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung zu beantragen" (zit. nach FR vom 22.6.95).
Mit dem PKK-Verbot letztes Jahr hat sich das BRD-Regime noch dazu ein bisher beispielloses Mittel zur rassistischen Verfolgung und Kriminalisierung einer ganzen Gruppe von MigrantInnen - der KurdInnen - geschaffen.



Probleme mit der Solidarität

Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt.
Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.



Kurdisches Mädchen

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und allen vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Aufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität.
Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen.
Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen.
Die PKK selbst legt keinen Wert auf eine klare Formulierung sozialer Befreiungsvorstellungen oder Programme. Sie und ihre deutschen UnterstützerInnen fordern dazu auf, die "nationale Befreiung des Landes" als Priorität anzuerkennen und daher ihre militärischen Erfolge im bewaffneten

Kampf gegen das türkische Militär, in dem der "neue Mensch" schon mithilfe der Partei geformt würde, zu unterstützen.
Der Blick auf die Konfrontation zwischen den beiden kriegführenden Parteien verschleiert aber die Auseinandersetzung mit der dortigen sozialen Situation und damit, in welchen Konfrontationen besonders die Frauen stehen, und mit welchen Zielsetzungen sie ihre Befreiungskämpfe verbinden.



Kurdische Kriegsflüchtlinge lagern bei der Stadt Silvan

Ziele des Krieges

Das türkische Regime und sein Militär führt einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um ihren Widerstand gegen die Unterdrückung und ihre Unterstützung der Guerilla zu brechen. Der Krieg gegen die kurdischen Menschen zielt darauf, ihre teilweise noch weitgehend auf die gesellschaftliche Reproduktion und Subsistenz gerichteten Lebensweisen zu zerstören:
Hirten und Bäuerinnen und ihre Tiere werden bei der Arbeit auf ihren Feldern vom türkischen Militär erschossen, die Dörfer überfallen und die Wintervorräte gezielt vernichtet. Aus der Luft werden systematisch die Wälder, Weiden und Felder in Brand geschossen, und Panzer zerstören ganze Landschaften. Das türkische Regime hat den Menschen ihre Produktionsweisen regelrecht "verboten" und setzt dies mit Kriegsmitteln durch.
In den Bergregionen gab es jahrhundertelang Weidewirtschaft, im Sommer ziehen die Menschen mit den Tieren zu den höheren Almen, im Winter in die Dörfer in den Tälern. In weiten Teilen entlang der 330 km langen Grenze, die die kurdischen Gebiete zwischen Irak und Türkei durchschneidet, lebten fast alle Menschen von Weidewirtschaft und vom lokalen grenzüberschreitenden Handel und Schmuggel. Diese Existenz wurde ihnen mit den Verboten und der anhaltenden Vertreibung geraubt. Nach der Devise, die Rückzugsmöglichkeiten und Unterstützung der Guerilla abzuschneiden, sind hier in den letzten Jahren riesige Gebiete als "Sicherheitszonen" und militärische Aufmarschgebiete gegen die Nachbarländer entvölkert, die Dörfer gänzlich dem Erdboden gleichgemacht. Fast alle kurdischen Familien haben Kinder oder Verwandte, die vom Militär verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden. Kein Wunder also, daß in vielen Gegenden bald aus jeder Familie Angehörige bei der Guerilla sind, die natürlich unterstützt werden.
In den Jahrzehnten vor dem Erstarken der PKK diente die militärische Besetzung und zeitweilige Kriegführung in Kurdistan einer Politik der Menschenvertreibung für die Sicherung der binnen-kolonialen Ausbeutung. Auch unter dem Druck des Weltmarkts und der IWF- und Weltbankauflagen setzt das türkische Regime bis heute nur auf den Krieg, um seine mörderischen bevölkerungspolitischen Ziele durchzusetzen. Es will damit die alten Solidarnetze und den Widerstand der KurdInnen, der mit ihren Lebensgrundlagen verwoben ist, zerschlagen.
Der Krieg, die Zerstörung und Vernichtung stehen der längst geplanten und z.T. schon durchgesetzten (Herrschafts-) "Modernisierung" nicht blockierend gegenüber, es sind vielmehr die Voraussetzungen, um die "modernen", d.h. imperialistischen Formen der Ausbeutung und Verwertung den ihrer Subsistenz beraubten Menschen aufzwingen zu können. Die in der Eskalation des Krieges in den letzten Jahren begonnene Vertreibung von Hunderttausenden kleinbäuerlichen Familien für die Errichtung von Exportzonen im GAP[1]-Gebiet ist nur die andere Seite der Medaille. In den 6 großen Provinzen des GAP leben heute über 4 Millionen Menschen überwiegend von Ernte-, Saison- und ihrer Subsistenzarbeit. Ihre kleinen Felder werden im Zuge der "Landreform" nach und nach vom Staat angeeignet und von den Investoren und Großgrundbesitzern der GAP-Region einverleibt.
In unserer grundsätzlichen Ablehnung von Herrschafts-Modernisierung gehen wir davon aus, daß die "Entwicklungszonen", wie sie z.B. in der GAP-Region vorgesehen sind, nichts mit den Wünschen der KurdInnen nach Verbesserung ihrer Existenz zu tun haben[2]. Denn für die überwiegende Mehrheit der verarmten Bevölkerung heißt das die Enteignung von Land und die nachhaltige Entwertung und Zerstörung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Produktions- und Lebensweisen.

Krieg gegen die Frauen

Der Krieg wird nicht nur in den Gegenden geführt, wo die Guerilla sehr stark ist, sondern er konzentriert sich auch dort, wo die Frauen eine vergleichsweise starke und freizügige Stellung in der Gesellschaft haben: in den Bergregionen mit ihrer Tradition der halb-nomadischen Weidewirtschaft und gegen die Yezidi und AlevitInnen, die sich den patriarchalen und religiös verbrämten Unterdrückungsnormen stärker verweigert haben. Bis heute ist dort die starke Position und der Widerstand der Frauen gegen ihre Unterdrückung sowie gegen ihre Ausbeutung durch die (kurdischen) Großgrundbesitzer weitgehend lebendig.
Mit ihrer Vertreibung aus den Dörfern werden den Frauen ihre eigenständigen Arbeitsbereiche weggenommen. Sie verlieren ihre gesellschaftlich wichtige Rolle und finden sich als Flüchtlinge in den Elendsgürteln der kurdischen und türkischen Städte und in zunehmender Anzahl in regelrechten Internierungslagern wieder. Unter diesen Bedingungen verlieren sie ihre traditionellen Solidarnetze und wird ihre gesellschaftliche Ausgrenzung, Abhängigkeit und Auslieferung gegenüber zunehmender Männergewalt in "modernen" Formen von patriarchaler (insbes. sexistischer und Kleinfamilien-) Unterdrückung erleichtert.
Mehr noch als der Verlust der Eigenständigkeit der Frauen in den Städten und ihre Abhängigkeit von ihren arbeitsuchenden Männern, schaffen die neuerrichteten kriegsstrategischen Wehrdörfer und Internierungslager neue patriarchale Gewaltverhältnisse: mit der militärischen Kontrolle, mit Hunger, Krankheit, Kindersterben, Entwürdigung und Abhängigkeit infolge der Lebensmittelzuteilungen, mit Folterungen und Vergewaltigungen. Die Verelendung und Verunsicherung begünstigt patriarchale Gewaltbereitschaft, die sich auch im Zulauf zu solchen islamischen Gruppen niederschlägt, die frauenunterdrückende Normen propagieren und durchsetzen.

---

1 das "Ostanatolienprojekt" umfaßt eine ganze Reihe z.T. riesiger Staudämme, u.a. zur Bewässerung von Export-Landwirtschaft, sog. agro-industriellen cash-crops, die Errichtung von Vieh-, Leder-, Tabak- und anderen Industriezonen, Tourismuszonen usw.

2 In einer von der 1994 durch den irakischen Geheimdienst ermordeten Journalistin Lissy Schmidt veröffentlichten Umfrage lehnten zur Zeit des Baubeginns Anfang der 80er Jahre 70% der betroffenen Bevölkerung das Projekt ab

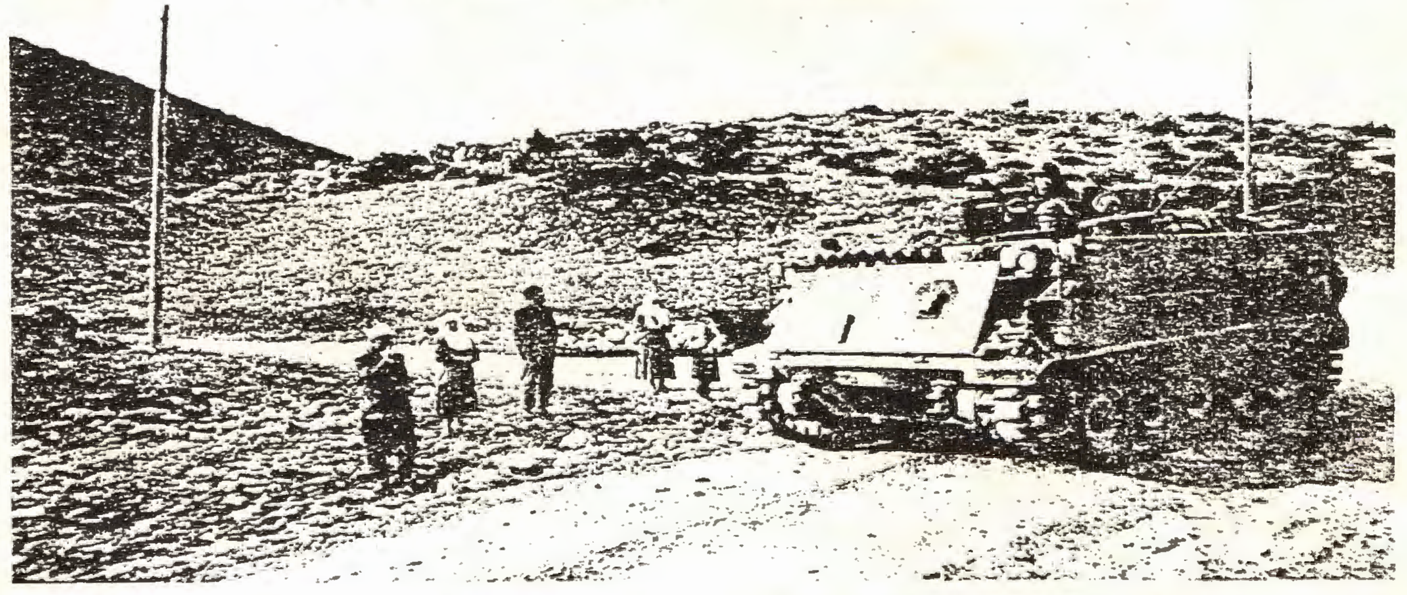
Widerstand der Frauen

Selbst über die faktische Ausradierung von tausenden Dörfern gelingt es dem türkischen Regime bis heute nur schwer, den Widerstand der KurdInnen zu zerschlagen. Obwohl die traditionelle Subsistenz so gut wie ausgelöscht wurde, konnte die Frauenstärke bisher nicht zerstört werden. Daran knüpfen die Frauen an und entwickeln sie in den Städten weiter. "Immer mehr kurdische Städte werden zu Pulverfässern, immer mehr Menschen gehören zu der besitzlosen Masse, deren Subsistenzmöglichkeiten zerstört sind und die in den Städten nicht einmal mehr die Möglichkeiten finden, sich als TagelöhnerInnen zu verdingen. An vielen Orten gelang es ihnen auch, die 'eingesessenen' Städter zu mobilisieren." (Lissy Schmidt, 92/93). Gerade die aus den Bergdörfern vertriebenen Landfrauen[3] waren die treibenden und organisierenden Kräfte des Serhildan/der "kurdischen Intifada", die seit Ende 89 bis März 92 immer wieder mit Steinen, Stöcken etc. und ihrer Wut bewaffnet sich den Militärs entgegenstellten. Seither werden die Newroz-Feiern mit riesigen Militäraufgeboten und deutschen Panzern "bewacht"[4], Städte als neue Widerstandszentren bombardiert, immer mehr Menschen von Todesschwadronen entführt, gefoltert und umgebracht. Viele der in die Städte vertriebenen Frauen bilden neue Zusammenhänge, Solidaritäts- und Widerstandsstrukturen in Menschenrechts- und Gefangenenunterstützungs- Vereinen, in Stadtteilkomitees, gegen die Todesschwadronen, zur Veröffentlichung der Hungerstreiks von Gefangenen und in eigenen Hungerstreiks gegen die Folter und Verschwindenlassen ihrer Angehörigen und FreundInnen, und entwickeln dort überall große Power. Auch hier gehört der Kampf um bessere Lebensbedingungen und für die Menschenwürde zu den Triebfedern des Widerstands der Frauen.

Viele junge Frauen gehen in die Berge, zur Guerilla, in die Illegalität, um sowohl gegen die Repression, Vertreibung, Krieg des türkischen Militärs als auch für ihre Befreiung von ihrer traditionellen patriarchalen Unterdrückung zu kämpfen.

kurdische Frauen und die PKK

Ein wesentlicher Grund für die große Teilnahme und Organisierung vieler Frauen auch an den Kämpfen in der PKK ist, daß der Krieg direkt gegen sie und ihre Familien, FreundInnen, Dörfer und Städte geführt wird. Auch vor dem Krieg wurde ihr Leben in Kurdistan bestimmt durch die türkische Kolonialpolitik im Verein mit den kurdischen Großgrundbesitzern: immer mehr Land im dörflichen Gemeinschaftsbesitz, eine der Grundlagen für die Weidewirtschaft, wurde beschlagnahmt und "kapitalisiert", die Menschen mit rassistischen bürokratischen und militärischen Repressionen terrorisiert und systematisch sozial unterversorgt, die Bodenschätze und Produkte ihrer Landarbeit ausgeplündert. Deshalb entschlossen sich seit den 50er Jahren bis heute immer mehr Menschen zur Emigration. Im Prozeß dieser sogenannten Unterentwicklung und der Repressionen und im anwachsenden Widerstand dagegen wuchs auch die Sehnsucht vieler Frauen nach mehr Freiheit, Vielfalt, Erfahrungen etc. und ihre Ablehnung derjenigen traditionellen Dorfstrukturen, die sie einengten und unterdrückten. Mit der Auflösung der Großfamilie ist zugleich ihre Aussicht auf Macht und Wertschätzung als ältere Frau - die Frauen auch immer zu Verteidigerinnen des Patriarchats machte - im Schwinden begriffen.



Deutsche Waffen im Einsatz in Türkisch-Kurdistan, hier: ein Schützenpanzer MLW 113, der nach Zeugenaussagen sehr oft zu sehen war. Vor allem in den Bergen zwischen den kurdische Dörfern patroullierten diese gepanzerten Fahrzeuge. Fotografiert am 28.3.1994 zwischen Gene und Lice.

Unter den jungen Frauen bekämpfen viele ihre patriarchale Unterdrückung in der Familie[5] und entscheiden sich für die PKK auch, um aus dieser auszubrechen

Zudem knüpft(e) sich die Hoffnung vieler kurdischer Frauen auf Befreiung aus diesem ganzen Elend von Zerstörung und Unterdrückung an die PKK, weil deren militärische Erfolge sich für sie als einzig ernstzunehmende Kraft gegen das türkische Militär und die Repressionsorgane erwiesen haben. Hauptverantwortlich für ihre Unterstützung der PKK aber ist die türkische Politik aus Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus[6]. Der dagegen unter den Kurdinnen

---

3 Besonders bekannt wurden die von den Frauen angeführten Aufstände v.a. in Sirnak: Im Februar 91 erschossen die Militärs hunderte von Mauleseln, um das Verbot des eigenständigen Kohleabbaus und -verkaufs durchzusetzen, worauf kaum eine Verwaltungseinrichtung von den wütenden Angriffen der Frauen (und Männer) verschont blieb und sie den Widerstand bis zum Newroz in einen Volksaufstand ausgeweitet hatten

4 während des Newroz 92 wurde ein kurdischer Junge von einem deutschen NVA-Panzer zu Tode geschleift. Die weltweit bekanntgewordenen Pressebilder konnten ausnahmsweise das BRD-Regime daran hindern, diese Tatsache des direkten Einsatzes deutscher Kriegsmittel gegen die kurdische Bevölkerung weiter zu leugnen, weshalb für kurze Zeit die Forderung nach Stornierung deutscher Rüstungslieferungen ein wenig Wirkung zeigte. Nach dem Abebben der Schlagzeilen und dem massiven Protest in der Türkei wurde das aber schnell aufgehoben.

5 "Zuhause befiehlt immer der Vater, und wenn er nicht da ist, der Bruder. Bei der Guerilla kann ich mich endlich selbst bestimmen, auch Kommandeurin werden..."sinngemäßes Zitat einer jungen Frau von der PKK

6 "Bergtürken"= minderwertig, Verbot alles Kurdischen, der Sprache, Geschichte, Traditionen etc., schon in der Schule werden kurdisch sprechende Kinder von den türkischen Lehrern verprügelt

sich entwickelnde Unterdrücktenstolz und die Selbstbehauptung im Widerstand schafft(e) Verbindungen über alle sozialen Unterschiede hinweg. Seit "Atatürk" ist die politische Maxime, innerhalb des türkischen Machtbereichs alles Kurdische und jede Erinnerung daran möglichst vollständig auszulöschen. Die Erfahrung der KurdInnen, von kulturellen Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens und ihrer Geschichte ständig abgeschnitten zu werden, verstärkt(e) ihren Wunsch nach "kurdischer Identität", d.h. selbstverständlich wollen sie das sein und leben können was frau/mann dort nicht sein darf, und dafür wollen sie nicht der Repression ausgesetzt werden.
Zitat einer Gefangenen aus Diyarbakir 1983: "...den in meinem Inneren seit meiner frühesten Kindheit gegen die Unterdrücker angesammelten Haß hinauszuschreiben, hat gutgetan...erst hier im Knast habe ich mich selbst, mein Land und meine Geschichte kennengelernt...die uns allen gemeinsame "Schuld" ist, Kurden zu sein..."
Nicht nur in Kurdistan, auch in der BRD wird in treuer Erfüllungsgehilfen-Manier für die türkische Repression den oft nur kurdisch sprechenden Angehörigen die Verständigung mit den kurdischen Gefangenen in BRD-Knästen untersagt, sie "sollen türkisch sprechen"!

"Identität" wird als Widerstand, als Verbotenes durchgesetzt, auch Traditionen wie z.B. das Newroz-Fest werden als Formen des Widerstands neu angeeignet und mit Leben gefüllt: aber auch als Hoffnung auf eine zukünftige und erst zu befreiende Gesellschaft, weil der Krieg zwar viel Kraft und Selbstbehauptungswillen ("Identität") mobilisiert, aber auch vieles verhindert und zerstört, Leiden, Ohnmacht Beschränkung, Kampf ums Überleben erzeugt.

Die offizielle PKK-Propaganda setzt die Befreiung der Frauen mit ihrer Teilnahme am militarischen nationalen Befreiungskampf gleich.
Damit die fortschreitende Radikalisierung vieler junger Frauen gegen alte und neue Machtverhältnisse sich nicht gegen die PKK selbst richtet und ihren HERRschaftsanspruch gefährdet, versucht die Partei in den letzten Jahren, über viel Propaganda, Druck und "Erziehung" mithilfe ihrer Führerinnen in der YJWK[7], die Frauen in modernisierte patriarchale Familiennormen wiedereinzubinden. Die Reform besteht u.a. darin, in der Familie sog."nationale Traditionen" wiederauferstehen zu lassen und ihr ein folkloristisches Einheitsgewand als "Hort kurdischer Kultur" und Disziplinierungsmittel gegen zu weitgehende oder als "westlich" beschimpfte "Frauenemanzipation" von oben überzustülpen.
Solidarität und Kollektivität sind mit Sicherheit lebendige Inhalte der Frauenkämpfe. In vielen Eigeninitiativen solidarischen Handelns mit- und füreinander haben Frauen Selbstverantwortung übernommen und darüber kollektiv-selbstbestimmte Strukturen erkämpft, auch und gerade in den Bergen und gegenüber den männlichen Genossen. Damit stellen sie die sowieso schon erodierte und weit verstreute Familie in ihren patriarchalen Werten infrage und zugleich das für die Machtausübung der Partei wichtige Disziplinierungs- und Unterordnungsprinzip. Deshalb wird das "Kollektiv" der Familie als Keimzelle des Nationalstaats beschworen[8], und mit moralischem Druck wird versucht, die Frauen wieder in den Griff zu bekommen. "Jegliche Ansichten über Kurdistan, die den nationalen Konflikt nicht als Hauptkonflikt betrachten, dienen dem Kolonialismus und der Reaktion" ist ein Zitat aus dem PKK-Programm 1978, das heute von den Frauenführerinnen weitgehend beherzigt wird[9].
Obwohl wir das Bestreben vieler kurdischer Frauen nach "kurdischer Identität" als treibende Kraft im Widerstand gegen die rassistische türkische Repression verstehen und akzeptieren, ist die Behauptung einer "kurdischen Identität" die erst im "befreiten Kurdistan" sich entwickeln könnte, für uns eine Fiktion. Die Parteideologie benutzt dieses Bedürfnis nach "Identität", indem sie auf die konseequente Verleugnung und Verdrängung kurdischen Geschichtsbewußtseins durch die türkische Politik baut und den vom Krieg vertriebenen Menschen Mythen über ihre Geschichte anbietet, anstatt ihren Kampf um Verteidigung und Anknüpfen an ihre lebendige Geschichte - z.B. im Widerstand gegen ihre Vertreibung - zu unterstützen. Die frühere Verschiedenartigkeit kurdischer Kulturen mit ihren von


...bewaffnete Kämpferinnen der PKK – irgendwo in Kurdistan

den Zentralgewalten relativ unabhängigen Produktionsweisen der Selbstversorgung sollen auch nach dem Willen der PKK - nicht nur nach dem der türkischen Besatzer - verschwinden, denn nur so kann sie ihre Vorstellungen zur Herrschafts-Modernisierung durchsetzen. Der Krieg als Medium der Zerstörung der vielfältigen Sozialstrukturen schafft die für den Macht- und zukünftigen Ausbeutungsanspruch der Partei benötigte Polarisierung und Zwangs-Vereinheitlichung. Sie wird von der PKK untermauert mit dem Mythos einer uralten Geschichte von der "Herausbildung der kurdischen Nation" und mit der Konservierung bestimmter kurdischer Traditionen. Mit der Zuschreibung dessen, was "kurdisch" zu sein hat und was nicht, soll all das, was dem Machtanspruch der Partei abträglich ist, unterdrückt und sogar aus dem Geschichtsbewußtsein der Menschen getilgt werden[10]. Dabei ist die Geschichte kurdischer Lebensweisen und Kämpfe derdart wechselvoll und unterschiedlich, daß vielleicht gerade dies sie charakterisiert. Ihre relativ autonome Dezentralität und Heterogenität konnte mit dazu beitragen, daß sie weder von der Zentral-

---

7 YJWK = Verband patriotischer Frauen Kurdistans, Frauenorganisation der PKK. Zitat aus einem Beitrag zur Situation emigrierter kurdischer Frauen 1992: "Die Kurden als Menschen aus einer fremden Gesellschaft haben andere soziale und politische Eigenschaften als andere Völker wie z.B. die Griechen, Jugoslawen, Türken usw."

8 mit "Kollektiv" ist die Unterordnung unter den Willen der patriarchalen Führung in Familie und Partei gemeint.
YJWK: "Sie (gemeint sind die Frauen in Kurdistan) haben das Bewußtsein erlangt, daß Befreiung nur durch ein befreites Land möglich ist. Genauso die Befreiung der Frau." zit. nach Radikal von Dez.94

9 "... ist es wichtig, daß die Frau die Verantwortung ihrer Aufgabe als Brücke zur Einbeziehung der Familie in den Dienst der Revolution sich bewußt macht und ausfüllt" zitiert aus einem PKK-Frauen-Text in der BRD zum 8 März 94

10 Mit der Naturalisierung des "Kurdischen" werden sowohl die kurdischen Menschen ethnisiert, indem "das Kurdische" von der Partei festgelegt und alles unerwünschte Verhalten als "der kurdischen Natur, der kurdischen Nation und dem kurdischen Menschen zuwiderlaufend" bekämpft wird, als auch diejenigen ausgegrenzt und unterdrückt, die nicht "kurdisch" sind oder sein wollen

gewalt der osmanischen Herrschaft zerstört noch von den modernen Nationalstaaten und von den imperialistischen Ausbeutungsinteressen bisher vereinnahmt werden konnten. Auch deshalb werden ihre Lebensgrundlagen vernichtet.

Wir lehnen die Umformung gemeinsam verstandenen lebendigen Widerstands gegen die Unterdrückung der kurdischen Menschen, die ihr Kurdischsein im Widerstand gegen die Repression, gegen die Unterdrückung ihrer Lebensweisen, von Sprache, Kultur etc. erkämpfen, in nationale Ideologie und erstarrte Kultur ab, weil das den alleinigen Zielen der Partei auf die eigene Macht und den zukünftigen Ausbeutungsanspruch im eigenen Staat entspricht und die sozialen und antipatriarchalen Widersprüche und Kämpfe zukleistert und verhindert.

Kritik am Befreiungs-Nationalismus

Im Unterschied zum kolonial-imperialen Nationalismus zur Durchsetzung und Ausübung seiner HERRschaft bildet sich der Befreiungs-Nationalismus in der Unterdrückung und als Widerstand verschiedener sozialer Gruppen gegen die Kolonisatoren und Imperialisten. Von daher ist er zeitweise identisch mit der Gegenwehr gegen jede Unterdrükkung. Er mobilisiert Befreiungs-Utopien der Menschen im gemeinsamem Kampf gegen Ausplünderung und Okkupation. Widerstands-Kultur gegen die Herrschende Dominanz-Kultur, die den Menschen ihre Lebensweisen, ihre Sprache, Geschichte, Erfahrungen etc. raubt.
Trotzdem sehen wir in der Ideologie der "nationalen Befreiung" kaum eine Möglichkeit zum Erkämpfen einer Gesellschaft auf dem Weg zur Abschaffung von Ausbeutung und patriarchaler wie rassistischer Unterdrückung:
Für die PKK zielt die "nationale Befreiung" darauf, die Macht in Kurdistan zu erobern und über die Besitzansprüche auf das Land mit seinen Reichtümern an Wasser, Öl und Bodenschätzen den eigenen Zugriff auf die kapitalistisch zu modernisierende Ausbeutung der Menschen und Ressourcen zu sichern.
Die Kämpfe der Menschen gegen die Herrschaftsmodernisierung (z.B. ihr Widerstand gegen Zwangsumsiedlung, Besteuerung, Weide- und Handelsverbote) werden von der PKK umgemünzt in "nationale" Ziele: sie sollen sich gegen das türkische Regime richten, nicht aber "Modernisierunng" als Zerstörung und Vertreibung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen (Grund-) Besitzenden und Besitzlosen ablehnen.
Soziale Forderungen verschwinden hinter der Dominanz der nationalen Forderung nach dem eigenen Staat. Z.B. hat die PKK den Kampf gegen die Vertreibungen in der GAP-Region nicht unterstützt, selbst frühere Angriffe auf GAP-Ingenieure waren nur gegen die westlich-türkischen Ausplünderungspläne gerichtet. Die BäuerInnen mit ihrer Subsistenz in der "traditionellen Gesellschaft" werden oft als feudal-rückschrittlich bezeichnet, der Großgrundbesitz und Landverteilung aber nicht bekämpft. Rückgriffe auf die Traditionen gibt es da, wo es dem Ziel des Nationalstaats dienlich ist. Selbst Großgrundbesitzer sind "fortschrittlich", wenn sie die nationalstaatlichen Ziele unterstützen.
Die Ausrichtung der Kämpfe auf die nationale Eroberung bejaht die Zerstörung der Subsistenz und setzt auf die zukünftige Anbindung an den imperialistischen Weltmarkt.

Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegen-Macht gegen die türkische Armee und dem Ziel nationaler Abtrennung machen eine Guerilla-Formation nötig, die sich ausschließlich gegen die "Fremdherrschaft" richtet und infolgedessen ihre militärischen Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzer-Organe ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte.
Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisierung darin ändert nichts daran: die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt eins der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des "bewaffneten Kampfes" per se hier nicht unterstützen. Denn der "bewaffnete Kampf" führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung auf den Weg zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern.



Überlegungen zu Internationalismus, Antirassismus und feministischer Solidarität

Heute ist der radikale Teil der feministischen Bewegung in der BRD öffentlich kaum mehr sichtbar, zurückgezogen und zersplittert in Grüppchen, die nur noch wenig Außenwirkung haben. Viele ehemals aktive Frauen haben ihre politischen Bedürfnisse in Berufsperspektive und Job verlagert oder nur noch auf die Veränderung im eigenen Alltag beschränkt und damit so gut wie aufgegeben.
Die großen gesellschaftlichen Umbrüche in den letzten Jahren haben uns teilweise den Boden unter den Füßen weggezogen, so daß es nahe lag, innezuhalten und uns selbstkritisch mit unseren bisherigen Politikformen und Schwächen auseinanderzusetzen. Auch die Kritik von Migrantinnen und Frauen aus den 3 Kontinenten an der metropolitanen weißen FrauenLesbenbewegung trug zur Einsicht bei, daß wir die Widersprüche bei uns selbst - unseren Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Produktivismus... - zum Thema machen müssen, wenn wir wieder zu einer starken Bewegung werden wollen.
Das bisherige feministische Selbstverständnis von Politik in erster Person (als Frauen sind wir ALLE, wenn auch unterschiedlich, unterdrückt und "objektiv" gegen das Patriarchat) wurde infragegestellt durch die Auseinandersetzung mit unserem Eingebundensein in diese Metropolen-Frauen-Realität, in der wir nicht nur Opfer oder widerständige Subjekte, sondern auch Beteiligte und Nutznießerinnen der patriarchalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind. Die - notwendige und wichtige! - Auseinandersetzung über unsere Unterschiede hat uns von unserem angemaßten Sockel gehoben: wir sind nicht die Durchblickerinnen, die schon "befreiter" oder emanzipierter als die Frauen Osteuropas und der Drei Kontinente sind. Denn unsere "Befreiung" ist zugleich Form und Ausdruck der Komplizin-

nenschaft an der Unterdrückung unserer Schwestern.
Diese Einsicht hat uns bescheidener gemacht: Wir sprechen nicht mehr von revolutionären Ansprüchen und für ALLE Frauen, sondern nur noch für UNS, und da lassen wir das Wort "revolutionär" lieber weg - das kann es ja nur für ALLE geben, sonst verkehrt sich jeder Befreiungsschritt unweigerlich in den Ausbau von Privilegien. Der Rückzug in Positionen, die wenigstens für die eigenen 4 Wände noch Gültigkeit beanspruchen können, führte außerdem zur neuerlichen Abgrenzung von Anderen Frauen.
Zumindest verbal und manchmal auch tiefergehend haben wir die Forderungen von Migrantinnen und sozialer Diskriminierung ausgesetzten Frauen eingesehen, die Unterschiede zwischen uns wahrzunehmen, zu respektieren und darauf gründende Hierarchien und Macht-Eingebundenheiten, d.h. den eigenen Rassismus, Antisemitismus, Produktivismus, Hetero-/Sexismus bei uns zu bekämpfen. Das blieb allerdings oft beim bloßen Benennen stehen, indem ein korrektes Bewußtsein sich in einer korrekten Sprache ausdrücken sollte. Als ob es ein "richtiges" Bewußtsein in "falschen" Verhältnissen geben könne, ohne daß frau diese aktiv bekämpft.
Hier entpuppt sich unsere gewachsene Sensibilität und Bereitschaft zur Selbstkritik als Schein. Sie widerspiegelt zunächst nur die Unsicherheit infolge des Auflösungsprozesses ("Deregulierung") des alten metropolitanen Gesellschaftsgefüges und der Erneuerungsoffensive patriarchaler Macht und Ausbeutung, worin auch frühere feministische Forderungen von den HERRschenden und MitschwimmerInnen integriert wurden. Mit dem Rückzug auf UNS und mit der vorrangigen Beschäftigung, unser Bewußtsein zu sensibilisieren, befinden wir uns voll im herrschenden gesellschaftlichen Trend zur weiteren Individualisierung und Auflösung gemeinsamer sozialer Erfahrungen. In Teilen unserer praktischen wie unserer theoretischen Auseinandersetzungen vollziehen wir die Zerstörung sozialer Gemeinsamkeiten mit, die einmal Grundlage für Widerstand waren.

Einer kämpferischen und revolutionären Perspektive können wir uns nur wieder annähern, indem wir über unser Interesse und unseren Kampf für die Abschaffung sexistischer Gewalt und patriarchaler Macht hinaus Verbindungen eingehen, Netze knüpfen zu den Frauen und ihren Strukturen, die hier rassistisch und sozial ausgegrenzt/ausgebeutet und mißhandelt werden. Wir müssen - bei Respektierung der Differenzen - uns konketer einlassen auf die Frauen, deren rassistische, sexistische, rechtliche und soziale Diskriminierung sie den krassesten Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen aussetzt und sie so zu den Haupt-Angriffszielen für die HERRschaftsmodernisierung macht, wogegen sie aber auch ihre Gegenstrategien und kämpferische Subjektivität setzen. Die Entrechtlichung und Illegalisierung von MigrantInnen ist eine strategische Waffe der Herrschenden, hierauf errichten sie die Neuformierung von Ausbeutung und Gewalt in der Gesamtgesellschaft, hierüber wollen sie auch eine Re-Stabilisierung der Machtverhältnisse erreichen. Weil über die Illegalisierung Arbeitskraft und sexuelle Dienstleistung fast umsonst und egal mit welchen brutalen Gewaltmitteln zu haben ist, werden die Reproduktionskosten für alle gesenkt, d.h. fast jedeR profitiert noch davon, und so können alle anderen Arbeitskraft-Kosten für alle Typen von Ausbeutern (Frauen und MigrantInnen eingeschlossen) quer durch die Gesellschaft verbilligt werden.
Frau darf nicht dabei stehenbleiben, für das Bleiberecht und von Männern unabhängige Aufenthaltsrecht geflüchteter Frauen sich einzusetzen und dann vor ihrer Ausbeutbarkeit die Augen zu verschließen. Die Kämpfe von Migrantinnen zu unterstützen muß auch heißen, gegen die vielen Abstufungen ihrer Rechtlosigkeit und Illegalisierung vorzugehen, also für die grundsätzliche und ersatzlose Abschaffung des "Ausländerrechts" (und jeden anderen "Rechts", das geschaffen wurde, um Diskriminierungen festzuschreiben) zu kämpfen, mit unseren Möglichkeiten und den von uns zu entwickelnden Waffen und Widerstandsformen, denn wir wollen ja ihre Ausgrenzung und Ausbeutung nicht mittragen.



Außerdem ist es lustvoll und lebendig, die uns zugedachten Kleinkreise sozialer Zuordnung und Individualisierung zu durchbrechen, dem ("postfordistischen") Auflösungstrend sozialer Gemeinsamkeiten neue Zusammenhänge "von unten" entgegenzusetzen und das eigene Eingebundensein in die Widersprüche und Machtbeteiligungen in diesem menschenverachtenden System immer wieder zu überschreiten. Im Einlassen auf die "anderen" Frauen nehmen wir nicht nur ihre andere Subjektivität, ihre anderen - weniger am hier herrschenden Produktivismus und der "Unabhängigkeit des Individuums" und mehr auf soziale Reproduktion gerichteten - Werte, Handlungen und Kämpfe wahr. Sondern wir können uns auch ein wenig mit den Augen der anderen sehen und infragestellen lernen, z.B. indem sie uns mit unseren produktivistischen und rassistischen Werten und Handlungen konfrontieren. Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen und zu respektieren, aber genauso wichtig ist, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwickeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir das schaffen. Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus[11] schon hier und jetzt und auch im sozialen Alltag kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere voneinander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren Frauenunterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in die Kraft vernetzter Widerstands-Strukturen umwandeln. In dieser Verbindung und in den verschiedenen Kämpfen um Existenzrecht und Leben in Würde für ALLE, jenseits von Verwertungszwang, sozialer und kultureller Zugehörigkeit und Paßverordnungen etc., können wir manche Facetten unserer Integration in dieses Herrschaftssystem abbauen oder auch umdrehen zum Nutzen gemeinsamer Befreiung (z.B. durch unseren leichteren Zugang zu Information und Umgang mit der Verwaltungsbürokratie und unseren gesicherteren gesellschaftlichen Status...). Und in der Wahrnehmung dieses Systems, wie es sich in den Augen hierher geflüchteter und eingewanderter Frauen als Komplex miteinander verwobener rassistischer wie sexistischer wie ausbeuterischer Macht zeigt, lernen wir die Personifizierungen und Verantwortlichkeiten dieser Macht besser kennen und werden sie für uns angreifbar.

---

[11] Aus dem Kontext geht hoffentlich klar genug hervor, daß wir NICHT die marxistische Konzeption gesellschaftlicher Kämpfe zur "Fortschritts-Entwicklung" auf dem Weg zur "klassenlosen Gesellschaft" im Kopf haben. "Kommunismus" verstehen wir als kritischen Kampfbegriff für eine Gesellschaft, die den patriarchal-kapitalistischen Kult des Produktivismus mit seiner Gier zur immer weiter modernisierten und technologisierten Verwandlung alles sich "nur" reproduzierenden menschlichen Lebens in VerWERTung und in immer mehr NICHTverWERTbares, d.h. in Menschen ohne Existenz"berechtigung", aufhebt und jede Ausbeutung, Macht und Gewalt und damit die sexistischen und rassistischen Grundlagen dieses Systems beseitigt

Solidarität mit den KurdInnen

Von solchen mittelfristigen Zielen sind wir bisher noch sehr weit entfernt - Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst.
Nicht nur im "Austausch", sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu KurdInnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und geknüpft werden.
Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen

- daran sich bereichernde Firmen angreifen

Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!)

Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisierung der MigrantInnen

Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder besonders für das "Reiseland Türkei 95". Aktionen zur Forderung "Kein Tourismus in die Türkei" verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.

die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen

Lürssen ist eine mittelständische Firma, die zu 100% im Kriegsschiffbau verdient. Z.Zt. baut Lürssen für das türkische Regime ein mit Flugkörpern und Schnellfeuergeschützen bewaffnetes "Flugkörperschnellboot". Es gehört zu einem Paket von 3 Lürssen-Schnellbooten Marke "Dogan", zwei davon werden in der türkischen Marinewerft Tazkisac produziert. Die Finanzierung der drei Kriegsschiffe - über BRD-Hermesbürgschaft - beträgt 400 Millionen DM. Spätestens seit 1987 floriert für Lürssen das Geschäft mit dem vom BRD-Staat gesponserten türkischen Militär, denn seitdem wurden entweder in Tazkisac oder in der Lürssen-Werft 10 Dogan-Kriegsschiffe fertiggestellt.
Lürssen liefert neben Kriegsschiffen an Regime weltweit alles, was zu deren eigener militärischer Produktion nötig ist: Konstruktionspläne, Lizenzen, Know-How, Ausbildung bis hin zu ganzen Werftanlagen. Über 130 Schiffe wurden in den letzten Jahrzehnten nach Lürssens Plänen und Lizenzen gebaut. "Die Lürssen-Werft hat mehr Kriegsschiffe in mehr Länder dieser Welt geliefert und mehr Menschen auf Kriegsschiffen ausgebildet als jede andere Werft der Welt", so ein Lürssen-Firmensprecher auf der Rüstungsmesse 1994 in Malaysia.
Schon mehrmals geriet das mörderische Geschäft von Lürssen durch Veröffentlichungen oder Protestaktionen gegen den Rüstungsexport in die öffentliche Kritik, zuletzt mit einer symbolischen Blockade-Aktion Ende 1994 aufgrund seiner Kriegswaffenlieferungen an das Militärregime in Indonesien.
Während seit einigen Jahren eine öffentliche Kampagne zur Einstellung der bundesdeutschen Militär- und Wirtschaftshilfe den Druck gegen ein paar große Türkei-Rüstungslieferanten verstärken konnte, versucht Lürssen in aller Stille seine Geschäfte abzuwickeln. Das soll ihm nicht gelingen!

Lürssen raus aus dem mörderischen Geschäft mit dem türkischen Regime !

Keine militärischen Geschäfte mit der Türkei
Keine Finanzierung der deutschen Rüstungsindustrie durch das BRD-Retgime
Schluß mit jeder BRD-Rüstungs- und Wirtschafts"hilfe" für das türkische Regime

Kein Tourismus in die Türkei (anderswohin auch nicht)
Weg mit dem PKK-Verbot und der Verfolgung kurdischer Vereine

Bleiberecht für alle KurdInnen (und alle anderen hierher geflüchteten und eingewanderten Menschen)
Kampf dem "Ausländerrecht" und allen anderen Gesetzen, die Diskriminierung von Menschen festschreiben und so Ausbeutung und Gewalt Tür und Tor öffnen
Anerkennung eigener Fluchtgründe und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen

Für eine praktische Solidarität mit dem Widerstand der Frauen in Kurdistan und der kurdischen MigrantInnen hier

Gegen Nationalismus, für internationale Frauenbande und -banden !



»... völlig hysterisch und unverantwortlich ...«

Reaktion auf den Artikel zur Tierrechtswoche in der Juli-Zeck

Im folgenden Text wollen wir noch mal Bezug nehmen auf den Text zur Tierrechtswoche und Tierrechten, der in der letzten Ausgabe des ZECKS erschien. Dabei an dieser Stelle auf die Tierrechtswoche allerdings nur in so weit eingehen, wie das in Beziehung steht zum Text im Zeck. Wir finden dies etwas schwierig, da es mit Sicherheit einen großen Diskussionsbedarf zu den Vorkommnissen auf der Tierrechtswoche gibt und hier nachträglich auch noch so einiges aufgearbeitet werden muß.
Während der Tierrechtswoche ist es auf politischer, wie auch auf persönlicher Ebene zu heftigen Spannungen unter den BesucherInnen gekommen. Die damit verbundene und nötige Auseinandersetzung läuft und wird mit Sicherheit auch noch eine ganze Weile laufen. Wir können und wollen die Diskussion an dieser Stelle nicht umfassend und ausreichend dokumentieren, bzw behandeln, weil dies A) wahrscheinlich den Rahmen des Zecks sprengen würde und B) weil wir glauben daß das Zeck dafür auch nicht der richtige Platz ist, da wir das Gefühl haben daß Zeck und Umfeld an einer fairen und konstruktiven Diskussion über Tierrechte und damit zusammenhängende linke Positionen nicht sonderlich interessiert sind. (Wir wollen darauf aber auch nicht unbedingt bestehen und lassen uns gerne eines besseren belehren.) In diesem Sinne können wir alle interessierten Menschen jedoch auf den bald erscheinenden LESER zur Tierrechtswoche verweisen. Kontakt und Bezug über die TAN.

Nun aber zum Text. Was du (unterzeichnete mit "das Tofuschwein") dir in deiner Bestandsaufnahme von der "Tierrechtsscene" geleistest hast, ist so ziemlich das Platteste, was uns seit langem untergekommen ist. Der ganze Text ist eine Ansammlung von derart plumpen Vorurteilen und undifferenzierten Verdrehungen bis hin zu schlichtem Blödsinn, daß es offensichtlicher gar nicht sein kann, daß du dich wohl kaum je mit der "Tierrechtsscene" über auseinandergesetzt hast, von der du versucht hast, ein Bild zu zeichnen. Uns ist völlig schleierhaft, wie mensch mit einem Text an die Öffentlichkeit treten kann, dem praktisch jede fundierte und belegte Grundlage fehlt.
Das fängt schon mit dem Begriff "Tierrechtsscene" an, denn diese allgemeine Scene, von der du durchgehend schreibst und zu der du anscheinend auch jede Menge FaschistInnen zählst, existiert nach unserer Einsicht so erstmal überhaupt nicht und hat unseres Wissens so in den letzten Jahren auch nie existiert. Wenn du dich mit der "Scene" auch nur ansatzweise auseinandergesetzt hättest, dann wäre Dir wohl kaum entgangen, daß linke bzw. anarchistische Tierrechtsgruppen zu traditionellen bürgerlichen Tierschutzgruppen, seit jeher ein äußerst kritisches bis gar kein Verhältnis existiert und das der Begriff "Tierrechtsscene" nicht einfach so für alle möglichen Leute steht, die sich für Tiere einsetzen. (In diesem Zusammenhang wollen wir nur mal an die Weihnachtsaktion der TAN gegen den Hamburger Tierschutzverein erinnern.)
Der ganz überwiegende Teil der Tierrechtsscene bewegt sich ganz klar im Umfeld der links-autonomen Scene. Lediglich eine Gruppen wie "Animal Peace " hat keinen explizit linksradikalen Anspruch und kann eher mit " liberal bis bürgerlich links-demokratisch" charakterisiert werden. Hier kommt es nebenbei gesagt, auch des öfteren zu Spannungen und Auseinandersetzungen bis hin zu Distanzierungen.
Die bekanntesten Tierrechtsgruppen in der Tierrechtsscene, wie z.B. die TAN, RAT VOR oder die TIGA haben von Anfang an die Befreiung von Tieren bzw. Tierrechte in einen herrschaftsfreien bzw. linken Kontext gestellt und dies in Selbstdarstellungen etc auch immer wieder ausdrücklich betont. Eine grundsätzliche Zusammenarbeit mit bürgerlichen oder gar rechten Tierschutzgruppen gibt es so ebenfalls auch nicht. (zumal es unserrer Einsicht nach auch keine rechten "Tierrechtsgruppen" gibt).
Es gibt nur ganz wenige Aktionsformen, bei denen linke TierrechtlerInnen überhaupt mit eher bürgerlichen TierschützerInnen zusammenkommen, z.B. bei Jagdsabotage, zu denen dann unabhängig voneinander mobilisiert wird. Und Rechte Personen tauchen dabei in erster Linie auf der anderen Seite auf, nämlich bei den Jägern und da zu Hauf!. Spätestens bei dem was bürgerliche Tierschutzgruppen zu linken bzw. autonomen TierrechtlerInnen zusagen haben, (traditionelle "Chaoten"-Hetze) dürfte eigentlich klar werden, daß es hier keine gemeinsame Basis oder den Hauptwiderspruch "Tierrecht" gibt, oder, wie du sagst eine "allgemeine" Tierrechtsscene.
In diesem Sinne richtete sich auch die Tierrechtswoche mehr oder weniger automatisch an Menschen mit einem eher linken Tierrechtsbewußtsein bzw. vielmehr an die, die sich dafür interessieren. Daß hier Gruppen aus dem "gesamten Spektrum eingeladen wurden", ist schlicht absoluter Unsinn bzw muß dann erstmal genau definiert werden, was das "gesamte Spektrum" überhaupt ist.. (Und was EARTH FIRST betrifft, so entbehrt die Bezeichnung "esotherisch oder gar neuheidnisch " jeglicher Grundlage. Auch EF definieren sich ganz klar als anarchistisch und linksradikal. Daß sie mit Themen wie Neuheidentum oder Esotherik irgendwas am Hut haben, ist unseres Wissens nach, völlig absurd. Im Gegenteil).
Unserer Einschätzung nach kamen fast alle BesucherInnen auf der Woche aus dem linken Spektrum. Das wurde, in den verschiedenen Arbeitsgruppen zu Patriachat, Biologismus, Sexismus etc mehr als deutlich, die allesamt sehr gut besucht waren. Außerdem wollen wir hier auch noch mal besonders unterstreichen, was ablief als, die Nachricht eintrudelte, daß bundesweit die Razzien gegen Radikal und AIZ abgingen. Noch bevor sich irgendwelche anderen Leute aus der Linken in der Flora trafen, entschlossen sich die Arbeitsgruppen im Anbetracht der Nachricht ihre Arbeit sofort zu unterbrechen um auf einem gemeinsamen Plenum über mögliche Aktionen zu reden und ein Flugi dazu zu erarbeiten. Aber das nur so nebenbei.
Wir denken, daß trotz aller Eklats und Schwierigkeiten während der Tierrechtswoche, mehr als deutlich geworden ist, daß hier nicht allein Tierrechte zum Hauptwiderspruch gemacht wurden. Über den Stellenwert, den Tierrechte haben, wurde natürlich viel diskutiert, aber daß "die Frage, ob Tierrechte gar DER Hauptwiderspruch zu anderen Unterdrückungsverhältnissen sind, die Tierrechtswoche gespalten hat" wie du völlig unbegründet behauptest, ist absolut haltlos und traf so in keinster Weise zu. Wir fragen uns wirklich, wie du überhaupt zu derartigen Behauptungen kommst, die den Realitäten hier auf der Tierrechtswoche so überhaupt nicht entsprechen. Gleiches gilt auch für Aussagen wie "...hätte eine Auseinandersetzung...im Vorfeld der Woche vielleicht schon deutlich machen können, daß es nicht um die grenzenlose Verbreitung von Naturmystik und Bevölkerungspolitischen Vorstellungen unter dem Deckmantel der Tierrechte geht..." , bei so einem Dünnsinn fällt es schwer, überhaupt noch sachlich zu bleiben.



Bleibt zu Punkt I nur noch zu sagen, daß wir auch nicht so recht nachvollziehen können, warum ein Pogramm in dem Veranstaltungen zum Thema Unity of Oppression, sowie zu Frontline, Hardline und Biologismus, und dem Thema Tierrechte und die linke Scene, für dich schlicht "beliebig" ist, zumal weiteren Veranstaltungen zu Themen wie Biologismus, Sexismus und Rassismus auch absolut kurzfristig und spontan der Platz eingeräumt wurde. Sicher, hätte mensch im Vorfeld noch ne ganze Reihe von Themenschwerpunkten festsetzen können, nur irgendwer muß das ja auch alles machen, und hier finden wir deinen Vorwurf an die VeranstalterInnen auch ziemlich unangebracht. Die VeranstalterInnen haben für so eine Woche erstmal nur den grundsätzlichen Rahmen geschaffen, und einige wichtige Eckpunkte, was den Themenbereich angeht, festgelegt, die deutlich gemacht haben, daß es nicht allein um den "Hauptwiderspruch Tierrechte" geht, sondern um mehr. In diesem Sinne wollten wir uns zB neben einigen anderen auch in die Tierrechtswoche einbringen. Was dann im weiteren Verlauf bei der Tierrechtswoche läuft oder nicht, hängt ohnehin sehr stark von den TeilnehmerInnen ab. Un-

serer Meinung nach ist trotz der ganzen miesen Stimmung und der Schwierigkeiten, noch ne ganze Menge an spontanen AGs ect, gelaufen.(wie schon oben erwähnt zB, zu Vergewaltigung, Rassismus, Biologismus, eine Männergruppe zu Patriachat usw.)

zu Punkt 2: Im zweiten Abschnitt widmest du dich dem Begriff "Unity of Opression " und auch hier sind deine "Informationen" äußerst lückenhaft und ungenügend. So behauptest du "der Unity of Opression Begriff möchte alle Unterdrückungsverhältnisse, die für den Menschen erfaßbar sind, auf einer Ebene anordnen und gleichwertig behandeln". Dies läuft an der Kernaussage des Unity of Opression -Ansatzes ziemlich vorbei, denn es geht gerade nicht darum alle Unterdrückungsverhältnisse und Widersprüche auf einer Stufe "gleichwertig" zu behandeln oder gar diese noch gegeneinander zu stellen, sondern erstmal um die Erkenntnis, daß sich dieses System auf unendlich viele Unterdrückungsverhältnisse aufbaut, die dazu noch alle mehr oder weniger zusammenhängen. Der Unity of Opression-Ansatz "will" diese benennen und die Grundlagen einer Auseinandersetzung schaffen, die Menschen hilft Widersprüche und Herrschaftsformen zu erkennen, um so ein herrschaftsfreies Bewußtsein weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Dabei geht es, das sei nochmal ausdrücklich betont, nicht um eine Gleichwertigkeit von Unterdrückungsverhältnissen. Unterdrückungsverhältnisse können und dürfen nicht miteinander verglichen oder pauschal über einen Kamm geschoren werden!!!
Wichtig ist Unterdrückungsverhältnisse in ihrer Eigenschaft und in ihrem Zusammenhang zu benennen und aufzuarbeiten, nur so kann es uns gelingen, eine (sensible) Ebene zu entwickeln, auf der mit Widersprüchen bewußt und intensiv umgegangen wird, die seit jeher die Verwirklichung eines herrschaftsfreien Anspruchs in der Realität lähmen und blockieren. Wir denken, daß dies sehr entscheident sein wird für die zukünftige Entwicklung und Existenz einer (ernstzunehmenden) Autonomen Szene.
Der Triple of Opression-Ansatz war vor Jahren eine wichtige Weiterentwicklung, und der Beginn Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse in ihren Zusammenhängen für die Autonome Linke neu zu definieren. Dies sollte ein Schritt weg sein vom bis dahin traditionellen linken Dogmatismus, der zum Wohle der Revolution bzw des Klassenkampfes zB die Unterdrückung von Frauen nur zum Nebenwiderspruch herunterdegradiert. Wir denken, daß das dogmatische sich Festlegen auf diesen Tripple of Opression-Ansatz, wie es viele Linke und Autonome heutzutage machen, ursprünglich gar nicht im Sinne dieses Ansatzes war, vielmehr sehen wir nun im Unity of Opression Gedanken mehr oder weniger die konsequente Weiterentwicklung des Triple Ansatzes.
Bezogen auf den Text bleibt noch hinzuzufügen, wie der Unity of Opression Begriff ein dogmatisches Schema sein soll, (im Vergleich zum Triple of O., oder wie ?) wenn er gleichzeitig kein feststehender Begriff ist...

zum Abschnitt 3: Auf die angebliche Fraktionenbildung innerhalb der Tierrechtsscene gehen wir nicht weiter ein, weil es, wie schon zu Anfang behandelt, diese "allgemeine Tierrechtsscene" so nicht gibt und die Fraktionenbildung, wie du sie siehst, so auch nicht. (was nicht heißen soll, daß es gar keine unterschiedlichen Ansätze gibt, aber es bestehen dabei nicht Fraktionen in deinem Sinne).
Der absolute Überhammer in diesem Abschnitt ist allerdings die Behauptung, "...dies äußerte sich vor allem an dem Bekenntnis einzelner Personen, auch mit Faschisten Aktionen zu machen und der massiven Kritik an dem Rauswurf von zwei Frontlinern (einer quasifaschistischen Tierrechtsgruppe)..."
Dies ist an Verdrehung von Tatsachen und ganz mieser Verleumdung kaum noch zu überbieten. Wir wissen nicht, wo du das gehört haben willst, aber auf der Woche war dies öffentlich zumindest nicht der Fall, zumal Leute, die mit Faschisten Aktionen machen würden, auch sofort von der Tierrechtswoche runtergeflogen wären. Wir denken, daß sich deine unglaubliche Behauptung auf das große Plenum bezieht, welches am Dienstag oder Mittwoch lief, wo du einiges offenbar ziemlich falsch in den Hals gekriegt hast, bzw das wohl auch so verstehen wolltest. Wir wollen den Verlauf der Diskussion an dieser Stelle daher nochmal kurz rekapitulieren.



Die Diskussion war von Anfang an ziemlich abstrakt und unrealistisch. Ausgangspunkt war das Thema Jagdsabotage und die Frage, wie weit gehe ich um im ganz konkreten Fall das Leben eines bedrohten Tieres zu schützen. Mit wem tue ich das ?, ist es mir egal, mit wem ich das in einer Extremsituation mache ? usw, Dabei verlagerte sich die Frage dann auf den Punkt, was würde ich tun, wenn ein Mensch in einer Extemsituation lebensbedroht ist. Hierbei wurden eher solche abstrakten und rein theoretisch konstruierte Fragen aufgestellt, als das sich Leute dazu mit definitiven Antworten äußerten.Ein Mensch (Migrant) fragte im Verlauf der Diskussion dann gezielt eine Person im Gespräch, ob er zB auch mit Fachisten ein Flüchtlingsheim verteidigen würde, worauf die Person ihm mit "ja" antwortete, wenn damit in einer plötzlichen Extremsituation Menschenleben gerettet werden würde. Aber es hat zur keiner Zeit die Aussage gegeben, daß es eine Bereitschaft gäbe, mit Faschisten für Tiere oder Tierrechte gemeinsam Aktionen machen zu können. Daß die ganze Diskussion ziemlich müßig , konstruiert und unsinnig war, muß wohl nicht besonders betont werden, sie wurde daraufhin auch abgebrochen und auf die Ausgangsfragen zurückgekehrt. Immerhin war es der Frage in soweit dienlich, daß die Beteiligten gewisse Grenzen ausgelotet haben und eigentlich nochmal klar wurde, daß es mit Faschisten und offenen Sexisten keine gemeinsame Ebene geben kann, weder bei Aktionen noch sonst wo. Zwischen dem Migranten und der Person, die auf seine Frage mit "ja" geantwortet hatte, kam es danach nochmal zu einem konstruktiven Gespräch, in dem die absurde Frage bzw die damit verbundene Antwort im positiven Sinne für beide geklärt wurde.
Was den Rauswurf der beiden Frontliner betrifft, so wollen wir das nur ganz knapp umreißen, weil es jetzt einfach zu weit führen würde, Frontline als Gruppe und die Diskussion um sie hier darzustellen. Frontline war eine Gruppe aus überwiegend recht jungen Typen, die sich in katastrophal naiver und bedenklicher Weise der Tierrechts und Naturzerstörungsproblematik widmeten. Sie selbst behaupteten von sich einen herrschaftsfreien Anspruch zu haben, allerdings tauchten in ihren Schriften extrem gefährliche biologistische Ansätze auf und stellenweise auch krasse autoritäre Ausdrucksweisen. Frontline jedoch als Faschisten zu bezeichnen ist unreal und wird der Problematik nicht gerecht. (In diesem Zusammenhang wollen wir auch den inflationären Umgang mit dem Begriff Faschismus, massiv kritisieren, es gibt dafür ganz klare politische Kriterien, wann und warum jemand faschistisch ist, . Natürlich kann mensch pauschal Schergen, Konsevative ect als "quasifaschistisch " bezeichnen, nur wird so die eigentlich politische Bedeutung des Begriffs verzerrt und unkenntlich gemacht, was nicht im antifaschistischen Sinne sein kann.).
Da sich Frontline vor einiger Zeit aus politischen und persönlichen Gründen aufgelöst hatten, weil sie, wie sie sagen, viele Sachen in ihren Texten , für nicht mehr tragbar halten und sich davon heute teilweise distanzieren, hielten viele Leute den Rausschmiß politisch für falsch, weil sie sich gerne mit Frontline auseinandergesetzt hätten während der Woche. In diesem Zusammenhang wurde besonders die platte und mackermäßige Art und Weise kritisiert, mit der die Forderung nach dem Rausschmiß eingebracht wurde. Die Diskussion bzw die Meinungen vieler Leute zum Rausschmiß änderten sich da, wo ein Migrant äußerte, daß er sich durch die Inhalte und Ausdrucksweisen von Frontline bedroht fühlte.

zum Abschnitt 4: Interessant, daß du dir anmaßt, so einseitig und genau zu wissen, woher die Vorstellungen von Tierrechten bei ALLEN "TierrechtlerInnen" kommt. Der gesamte Inhalt vom 4. Absatz, indem du den Einsatz für Tierrechte generell für biologistisch erklärst, ist sowas von absurd und lächerlich, daß wir zu dem, was du da im Einzelnen verzapft hast, nicht mehr Stellung beziehen wollen.
Es erscheint uns nahezu aberwitzig nun erklären zu wollen, warum sich Menschen für Tiere bzw Tierrechte einsetzen wollen. Deshalb halten wir uns aus Platzgründen auch hier relativ kurz, weil wir eigentlich davon ausgehen, daß den allermeisten Menschen wohl klar sein dürfte, warum mensch sich für Tiere einsetzt.
Kern der Sache ist nicht etwa ein "verklärtes Naturbild", sondern schlicht und ergreifend erstmal die ganz massive und grausame TIER-

QUÄLEREI, die hier überall an der Tagesordnung ist und von den allermeisten Menschen ohne Skrupel in Kauf genommen und unterstützt wird. Sei es auf der Ebene, daß Menschen Tiere als Sport und Freizeitgeräte benutzen, Tiere aus Spaß (!) getötet werden, wie bei Jägern, oder die entsetzlichen Zustände in Mastanstalten, bei Tiertransporten oder im Schlachthof. All das ist brutalste und grausame TIERQUÄLEREI in einem Ausmaß, von dem sich viele Menschen überhaupt keine Vorstellung machen. Die ungeheure "Produktion" und Verwertung von Tieren für das priviligierte und rücksichtslose Konsumvergnügen der Massen, (denn nichts anderes bedeutet zB der



Verzehr von Fleisch, ohne daß Menschen darauf wirklich angewiesen wären), ist neben dem Mord und der Ausbeutung der Menschen im Trikont (die damit übrigens auch noch zusammenhängen, siehe Futtermittelimporte ect), eine der lebensverachtesten Formen des Kapitalismus. Hier werden Lebewesen grundsätzlich das Lebensrecht abgesprochen (!!!) und zur Manövriermasse zwischen Konsum und Profitmaximierung gemacht. Oder wie ist es zu benennen, wenn Lebewesen von Geburt an in industrieller Zucht und Mast, unvorstellbare Schmerzen und Qualen erleiden müssen, wenn die Existenzberechtigung von Lebewesen allein darin begründet liegt , irgendwann auf irgendwelchen Tellern zu landen??? Was ist das überhaupt für ein Verhältnis zum Leben????

Es gäbe dazu noch unendlich viel mehr zu erzählen, von Hühnerbatterien bishin zu Tierversuchen, von dem genüßlichen Vergnügen Kampfhunde zu züchten und aufeinander zu hetzen bishin zu Genversuchen mit Tieren, usw die Palette des Macht und Verwertungsanspruchs von Menschen über Tiere ist unendlich.

Ob das Töten von Tieren nun generell als Mord bezeichnet wird und Tiere auf die gleiche Ebene mit Menschen gestellt werden oder nicht, sind dabei nicht die entscheidenden Fragen. Niemand hat das Recht ein anderes Lebewesen bewußt zu quälen!!! Ob ein Tier leidet oder nicht ist keine abstrakte Sache, sondern für jeden Menschen wahrnehmbar und nachzuempfinden. Tiere fühlen, und zumindest fast allen Säugetieren ist dies auch anzusehen. Ist es das, was du als verklärtes Naturbild oder verachtend als Bambysyndrom bezeichnest ? Für uns ist dies eine Frage menschlicher Ethik, und allein schon deswegen ist das Essen und Quälen (ersteres läuft in der Regel auf das zweite automatisch hinaus)von Tieren für uns mit einem herrschaftsfreien Anspruch nicht vereinbar!!!!!.

Das ist erstmal der grundlegendste und minimalste Anlaß, warum sich die Forderung nach Tierrechten entwickelt hat.

Nicht nur daß dies für dich ohnehin kein Thema ist und du offenbar ziemlich wenig geschnallt hast, geschweigedenn dir überhaupt ein Bild über die gesamte Problematik machen wolltest, diffamierst du jedEn TierrechtlerIn auf das Übelste und schiebst pauschal alle Menschen (eine Differenzierung war in deinem Text jedenfalls beim besten Willen nicht auszumachen!!!!), die sich für die Rechte von Tieren einsetzen, in die biologistisch – rechte Ecke.

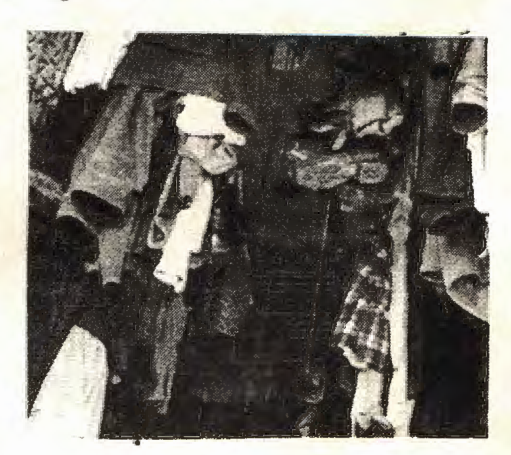
Wir hätten gerne mal von dir gehört, welchen Stellenwert Tiere für Dich haben (obwohl du anhand der abgedruckten Photos ja schonmal in soweit deutlich gemacht hast, daß Tiere für dich offensichtlich allenfalls dümmliche und lachhafte Kreaturen sind, deren Lebenssinn wahrscheinlich bestenfalls darin besteht, auf deinem Teller zu landen.) oder wie du überhaupt das menschliche Leben in Beziehung zur Natur definierst. (Was zB die von dir angesprochene "Existenzbestreitung" angeht usw)

Es ist sehr einfach, Menschen, die sich damit beschäftigen Biologismus in die Schuhe zu schieben, sich aber selbst zu entsprechenden Fragen nicht zu äußern. Trotzdem, ohne daß wir dir irgendwas in den Mund legen wollen, was du nicht gesagt hast, stinkt dein Text und deine ganze Beziehung und Ignoranz gegenüber Tier und Natur, verdammt stark nach ziemlich üblen Sozialdarwinismus (vielleicht nicht in Beziehung zu anderen Menschen, dafür aber gegenüber allen anderen Lebewesen) und ist damit tendenziell letztendlich nicht weniger biologistisch. Von deinem anscheinend hochgradigen Speziezismus ganz zu schweigen.

Wir wollen nun aber auch nicht alles schönreden, was das Umfeld der linken Tierrechtsscene betrifft. Natürlich gibt es einige Sachen, die Kritik verdienen und Dinge, die stellenweise bedenklich sind. Viele Leute aus dieser Scene sind noch sehr jung, interessieren sich für den Kampf um Tierrechte und fangen zT oft hier überhaupt erst an sich zu politisieren. Der Ansatz dabei ist manchmal sehr naiv und es bleibt nicht aus, daß dabei zu Anfang auch noch bürgerliche geprägte Sichtweisen miteinfließen wie zB der Versuch, Dinge biologisch/ biologistisch zu erklären. Nicht selten ist dabei die gesamte Vorstellung von Tier und Natur auch recht unrealistisch und verklärt. Aber dies kann mensch nicht stellvertretend an der gesamten linken Tierrechtsscene festmachen, zumal es dazu auch einen thematischen Umgang gibt. Wir haben auch in der Regel recht gute Erfahrungen gemacht, daß sich viele junge Leute eben dadurch, daß es oft eben nicht nur um Tierrechte geht sondern auch um weiterreichende politische Ansätze, wie die Infragestellung von Herrschaftsverhältnissen allgemein, Auseinandersetzung um Sexismus und Patriachat ect, auch intensiver politisieren. Unserer Meinung nach sind die Auseinandersetzungen um entsprechende Themen in der linken Tierrechtsscene, teilweise (!) sensibler und tiefgehender, als wir das von weiten Teilen der Linken kennen. Das heißt aber nicht, daß auch hier, wie überall keine Widersprüche auftauchen können. Natürlich gibt es diese und es gibt mit Sicherheit auch TierrechtlerInnen, deren Ansätze bedenklich sind. Aber dies [illegible]nn mensch wie schon gesagt, bei weitem [illegible]t grundsätzlich am Tierrechtsgedanken festmachen. Wir sehen auch nicht, daß solche Widersprüche die Tierrechztsscene pauschal bedenklicher machen, als andere Spektren innerhalb des linksautonomen Umfeldes mit ihren Widersprüchen.

Um es ganz klar zu sagen, auch wir halten es für nicht akzeptabel, wenn Leute für sich das Thema Tierrechte zum Hauptwiderspruch machen, aber deswegen tendiert jemand noch lange nicht automatisch in Richtung Biologismus – Ökofaschismus und sollte pauschal aus linken Zusammenhängen ausgeschlossen werden.(denn das heißt es, wenn die Tierrechtswoche schon alleine deswegen nicht hätte stattfinden dürfen, wie du gefordert hast. Nach der Logik daß jedEr erstmal beweisen muß, wie links er/sie ist bevor sich in der Flora bewegt werden darf, dürften dann ohnehin auch eine ganze Reihe anderer Veranstaltungen wohl kaum noch in der Flora laufen.)

Wir finden es grundsätzlich völlig hysterisch und unverantwortlich, hier sofort mit der Faschismuskeule Leute in die rechte Ecke zu hauen, wie dies seit Jahr und Tag in Teilen der Linken immer wieder völlig unqualifiziert und undifferenziert gemacht wird. Da wird der Biologismus Begriff quasi als Totschlagargument benutzt und oft mals gleich mit Faschismus auf eine Strufe gestellt, obwohl viele Leute nur völlig unzureichend informiert sind, wofür der Begriff nun eigentlich steht und was damit genau umfasst wird. Wir denken überhaupt, daß die Diskussion und die Thematisierung des Begriffs noch sehr jung und unausgereift ist, geschweigedenn einigermaßen bekannt und verbreitet. Hier besteht mit Sicherheit bei vielen Leuten gar kein oder nur ein mangelndes Bewußtsein, die allermeisten Linken eingeschlossen. Es kann daher nicht angehen, daß linke (!!) Menschen, die sich mit Themen wie Tier und Erdbefreiung befassen, pauschal als "Faschisten bzw Ökofaschisten" stigmatisiert werden.



Während hier auch gerade zu mit der Lupe akribisch gesucht wird um zu beweisen, wie gefährlich, bedenklich und widersprüchlich doch der Einsatz für Natur und Tier ist, wird dann zB in Punkto Antifa Gruppen allgemein großzügig über die zT oft auftauchenden eklatanten Widersprüche wie zB stark patriachal-mackermäßig geprägte Verhältnisse, hinweggesehen.(von anderen bürgerlich-reaktionären Einflüssen ganz zu schweigen.) Es kann wohl kaum behauptet werden, daß es dazu in der autonomen Scene eine tiefgreifende oder kontinuierliche Auseinandersetzung gegeben hat.

In weiten Teilen der Autonomen gibt es seit langem überhaupt kein linkes Verständnis mehr zu Themen wie Natur, Tier oder auch Spiritualität. Diese Themen werden pauschal in die rechte Ecke geschoben und von vornerein tabuisiert, obwohl damit einerseits ganz klare Widersprüche und Ausbeutungsverhältnisse zusammenhängen, und es anderseits besonders bei jungen Leuten, die in die autonome Scene nachwachsen, ein ziemlich großes Interesse gibt, aber auch sonst im subkulturellen Umfeld der Autonomen Scene, schon immer Thema waren!!!.

(Allerdings erscheint es schon kurios, daß gerade in Hamgurg so einige Altlinke, Hausbesetzer ect in ihren alten Tagen, dann doch noch, nicht gerade selten auf so einen komischen Esotherikfilm kommen. Das ist zumindest eine Erfahrung, die wir immer mal wieder mit alten GenossInnen machen...). Dazu erscheint es uns sehr symptomatisch, daß sich inzwischen viele von den wirklich aktiven jungen Generationen im Umfeld der radikalen Linken, eher in den Themenbereich Natur und Tierrechte nachwachsen und mal abgesehen von Antifageschichten, kaum noch in die klassischen linken Themen wie Imperialismus, Situatiuon im Trikont, politische Gefangene usw. Diese Entwicklung finden wir teils positiv, teils aber auch sehr problematisch. Wir denken daß dies das Resultat davon ist, daß viele ältere Autonome weder Willens oder in der Lage waren, autonome bzw linksradikale Inhalte an jüngere Generationen zu vermitteln und mit neueren Entwicklungen und Interessen konstruktiv umzugehen.

Es muß dazu unbedingt eine konstruktive Auseinandersetzung geben, die klare linke bzw herrschaftsfreie Positionen auch in einer positiven Verbindung mit Themen wie Natur und Tier definiert. Wir halten daher den Unity of Opression-Ansatz für ziemlich existenziell.

Und jetzt am Schluß, zum wirklich aller derbsten Hammer, den du dir gebracht hast. (Im Prinzip hätten wir das gleich an den Anfang unseres Textes gestellt, allerdings wäre dann eine thematische Gliederung im Kontext mit den anderen aufeinanderaufbauenden Themenbereichen extrem kompliziert und schwierig geworden.)

Was die Auseinandersetzung in der linken Tierrechtsscene mit Themen wie Männergewalt, Sexismus und Patriachat betrifft, so möchten wir dabei erstmal grundsätzlich daraufhinweisen, daß es unserrer Meinung nach in der Tierrechtsscene einen relativ hohen Anteil von aktiven Frauen gibt, vergleichsweise mehr als in vielen anderen Teilen des linksautonomen Spektrums. Auch hier können wir nur sagen, wenn du dich einigermaßen wirklich für die Scene interessiert hättest, wäre dir wohl kaum entgangen, daß die Thematisierung patriachaler Verhältnisse , zumindest in Teilen der Tierrechtsscene, relativ hohe Priorität hat. Allerdings gibt es dabei im Vergleich zu vielen Leuten in eher "provinzielleren" Gegenden eine deutliche Diskrepanz.

Daß du dir hier als Typ aber überhaupt erdreistest, indirekt eine Patriachatsdiskussion einzufordern, wo du offenbar überhaupt keine Ahnung hast, von der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine Vergewaltigung innerhalb der Tierrechtsscene, und anderen Diskussionen zum Thema Patriachat, Jagd, Fleischfraß und Männer ect, und das noch mit einem Satz "...zumal es auch eine Patriachatsdiskussion innerhalb der Tierrechtsscene nicht zu geben scheint.Und eins scheint an diesem Punkt klar zu sein: Wer mit Faschisten zusammenarbeiten würde, dürfte auch bei Vergewaltigern kaum Berührungsängste haben." (denn das projezierst du ja auf die gesamte Tierrechtsscene!!) ist sowas von DISKRIMINIEREND, UNGEHEUERLICH UND FRAUENFEINDLICH, daß wir Frauen, die an diesem Text beteiligt sind, dies als einen absoluten Schlag ins Gesicht und eine krasse Verhöhnung empfinden, in Anbetracht der Auseinandersetzung, die WIR führen!!! Dies wird sicher vielen Frauen in der Tierrechtsscene ähnlich gehen....

Es ist zum Kotzen, echt Scheißtyp!!! – wenn Typen auf derart billige Weise versuchen, sich in antipatriachalen Fragen zu profilieren. So gehts nicht!! und aller spätestens hier sollte dir klar werden, wie derb dein Artikel ist und wozu das führen kann, wenn mensch sich so undifferenziert und oberflächlich einer Thematik widmet.

Wir fordern hiermit die Redaktion vom ZECK auch definitiv auf, unseren Text dazu so komplett und unzensiert abzudrucken.

Ohnehin bleibt für uns dabei auch die Frage, wie ein derart primitiver, dummer und plumper Artikel überhaupt Einzug halten kann in das Zeck. Die wenigsten, der sehr heftigen, in den Raum gestellten Behauptungen werden hier überhaupt belegt oder begründet.Daß so dann auch noch ein Fazit bzw eine Forderung untermauert werden soll, die Tierrechtswoche hätte so nicht in der Flora stattfinden dürfen, ist dann der Gipfel, der Bodenlosigkeit des gesamten Textes..

Wir sind hier nur auf einige Themen eingegangen und haben versucht, die Sachen im Groben richtigzustellen, aber der ganze Text ist so voll von falschesten und dreistesten Verdrehungen, daß ein intensives Auseinanderpflücken allein aus Platzgründen kaum drin ist. (alleine eine realistische Darstellung der Tierrechtsscene würde schon im Groben, etliche Seiten umfassen.). Das heißt, wir haben uns erstmal recht allgemein gehalten, aber wir wollen deswegen auf jeden Fall daraufhinweisen, daß auch bezüglich unseres Textes, eine wesentlich genauere, differenziertere und intensivere Betrachtung erforderlich ist.

Du hast dir nicht mal die Mühe gemacht, deine "Quellen" und "Informationen" darzulegen oder auch nur ansatzweise fundiert zu argumentieren. Deine Einschätzung und Betrachtung der Tierrechtsscene ist so oberflächlich, undifferenziert, platt und vorurteilsbelastet, daß es nicht besonders vermessen ist, zu behaupten, daß du schlicht von A bis Z überhaupt keine Ahnung von der Tierrechtsscene hast und dich offensichtlich auch nie um einen Einblick in diese Scene bemüht hast. Wir denken, daß du das auch sehr genau weißt und fragen uns wie diese hochgradig verantwortungslose Herangehensweise überhaupt mit einem linken bzw herrschaftsfreien Bewußtsein zu vereinbahren ist. Du bist an einer konstruktiven Diskussion offensichtlich nicht interessiert und hetzt und verdrehst in einer derart miesen Weise, wie wir das sonst nur von den herrschenden Medien kennen, bei denen Verleumdungen und Lügen an der Tagesordnung sind. Mit einer ernsthaften politischen Diskussionkultur hat deine Agitationsweise auch im Entferntesten nichts mehr zu tun. Wir wollen dies deshalb auch als zu tiefst reaktionär und destruktiv benennen, weil wir der Meinung sind daß du ganz bewußt versucht hast, Menschen aufs übelste zu diffamieren. Das ist schlicht und ergreifend "Rufmord". Anders kann der Abschlußsatz in deinem Text nicht mehr bewertet werden: "Es bleibt zu hoffen daß die VeranstalterInnen, ...ihre Koalitionssuche auch bei rechten "TierrechtlerInnen" nicht weiter fortsetzen "!!!!!

Und die Behauptung, daß sich das AK Bremen "distanzierend zu dem Umstand äußerte, eine Veranstaltung im Rahmen einer Tierrechtswoche durchzuführen, auf der immer wieder biologistische und rassistische Äußerungen gefallen sind." ist von uns schlicht und ergreifend nicht mehr anders als GELOGEN zu bezeichnen. A, weil es diese immer wieder biologistisch und rassistischen Äußerungen, so nicht gegeben hat, und B- weil das AK Bremen dies auch so oder anders nicht geäußert hat, davon haben wir uns direkt in einer Rücksprache beim AK überzeugt....

Wir finden die Diskussion, wie sie schon seit längeren von einigen Leuten gegen die Tierrechtsscene geführt wird, extrem bedenklich und unerträglich. Mit einer offenen und fairen Auseinandersetzung hat dies nur in den seltensten Fällen irgendwas zu tun, vielmehr wird es mit der Wahrheit und einer objektiven realistischen Betrachtung des Ganzen nicht sehr genau genommen. Das Erschreckendste dabei ist, daß oft nicht mal versucht wird, sich hier überhaupt ausreichend zu informieren und abzusichern (Wie zB bei den Texten vom AK Bremen oder der Gruppe "Im Rausch der Tiefe" in der Interim). Es geht ja nur um Tierrechte... es scheint dabei auch nicht um eine ernsthafte Diskussion zu gehen, sondern vielmehr darum, sich auf Biegen und Brechen den Rücken in Punkto Widerspruch Fleischfraß, Tierquälerei ect, freizuhalten. Und da sind einige nicht gerade zimperlich. Es fällt dazu auch auf, daß es in letzter Zeit (mindestens seitdem die Diskussion auch in der Interim lief) fast immer ausschließlich Männer waren, die sich mehr oder weniger wehement für Privilegien wie ihr "Recht" auf Fleichfraß einsetzten, und oft Frauen, die stellvertretend für die Tierrechtsscene, dagegen Stellung bezogen.

Einige Hamburger Autonome, für die das Bewußtsein um Tier und Natur, kein Nebenwiderspruch ist.



Keine Distanzierung

Anmerkung der Zeck-Redaktion zum Artikel einiger autonomer Hamburger »TierrechtlerInnen«

Wir sehen keinen Anlaß, uns von dem Artikel von »Tofuschwein« aus der Zeck Nr. 39 zu distanzieren, was nicht heißt, daß wir inhaltlich an jedem Punkt voll dahinterstehen. Große Teile der Redaktion haben nicht an der Tierrechtswoche teilgenommen. Wir haben darüber aber inzwischen so viel unterschiedliche Versionen gehört, daß wir - und die meisten LeserInnen wohl auch - beim besten Willen nicht mehr beurteilen können, wessen Version den tatsächlichen Ereignissen am nähesten kommt.

Der Artikel in der Juli-Zeck ist mit Sicherheit provokant geschrieben. Insofern war eine heftige Kritik zu erwarten. Dies ist allerdings keine Erklärung für die persönlichen Diffamierungen, die den Großteil eures Textes ausmachen (»Scheißtyp«, »das Platteste«, »Dünnsinn«). Eine ernsthafte Diskussion um das Für und Wider von »Tierrechten«, um die unterschiedlichen politischen Strömungen in der (angeblich nicht vorhandenen) Tierrechtsszene und die Anbindung von TierrechtlerInnen an linke Politik halten wir für wichtig. Diese Ansätze finden in eurem Artikel (der immerhin recht umfangreich ist) kaum Beachtung. Sprich: Ihr kotzt ab, argumentiert aber äußerst wenig.

Um es nochmal klar zu sagen: Euer Artikel wurde von unserer Seite aus nur mit dem größten Widerwillen abgedruckt, da wir eure »Auseinandersetzung« in Form von persönlichen Diffamierungen, Unterstellungen und Häme schlicht zum Kotzen finden, darüber hinaus hätte es uns auch besser gefallen, wenn ihr auf die inhaltlichen Punkte des Artikels von »Tofuschwein« eingegangen wärt. Uns ist an einer (künftig hoffentlich konstruktiven) Diskussion über »Tierrechte« und linke Politik gelegen.

Vielleicht könnt ihr mal über euren Tellerrand hinweggucken und anerkennen, daß die eine oder andere Kritik an euch seine Berechtigung haben könnte.

In Zukunft werden wir Artikel, in denen es entweder in der Hauptsache nur darum geht, was denn nun »eigentlich« auf der »Tierrechtswoche« passiert sei und solche, die hauptsächlich in persönlichen Verunglimpfungen gipfeln, nicht mehr abdrucken!

Ein »linkes Bewußtsein« macht noch lange keine linke Politik

Wenn die Szene über Veganismus oder »Tierrechte« diskutiert, schlagen die Emotionen hoch - auf beiden Seiten. Verteidigen die einen mit Zähnen und Klauen angenehme (Eß-)Gewohnheiten vor einer zunehmenden Zahl von »TierrechtlerInnen«, fühlen diese sich wiederum in ihrer Lebensphilosophie in Frage gestellt, wenn der politische Gehalt einer »Tierrechtspolitik« bezweifelt wird.

Eine argumentative Auseinandersetzung über den politischen Gehalt von »Tierrechten« findet in der Regel nicht statt. Dabei wäre es schon interessant, einmal zu fragen, wie es denn dazu kommen konnte, daß »Tierrechte« in den letzten 10 Jahren weitgehend unhinterfragt zu einem Bestandteil linker Szenepolitik geworden sind und was denn an diesen »Tierrechten« links, fortschrittlich oder emanzipatv sein soll.

Auch am Text in dieser Ausgabe der Zeck lassen sich einige grundlegende Mißverständnisse in der Diskussion aufzeigen:



Was ist ein »linkes Bewußtsein«?

Vielerorts wird die Frage nach dem emanzipativen Gehalt von »Tierrechtspolitik« mit dem einfachen Verweis beantwortet, die AkteurInnen dieser Politik seien links, autonom, hätten »ein linkes Bewußtsein« oder könnten zumindest über die »Tierrechtspolitik« auch für andere linke Themen politisiert werden.

Dem liegt gleich ein doppeltes Mißverständnis zugrunde: Erstens ist es bestenfalls eine gewagte These, davon auszugehen, daß Menschen, die in einzelnen Bereichen fortschrittlich denken oder handeln, das auch in anderen Bereichen tun würden. Ein antirassistischer Internationalist kann sehr wohl beim Thema Sexismus reaktionäre Ansichten oder Verhaltensweisen zeigen, genauso wie eine antirassistische Feministin nicht automatisch kapitalismuskritisch sein muß.

Warum das Eintreten für Tierrechte also links(-radikal) sein soll, mußte also schon anders begündet werden als mit dem Bewußtsein der »TierrechtlerInnen«.

Das zweite Mißverständnis ist das Argument der Politisierung. Leider ist es ja so, daß es keine (oder kaum) Themen gibt, die an sich schon links besetzt sind. Insofern kommt es immer auf die Inhalte und weniger auf die Themen an. Und daß der thematische Bezug von »TierrechtlerInnen« auf andere Politikbereiche inhaltlich durchaus zu kruden bis reaktionären Positionen führen kann, haben die Texte der von »Frontline« (mit)herausgegebenen Zeitung »Instinkt« nur am deutlichsten gezeigt: »Es ist einfach zu beobachten, daß jene Tiere, die von Früchten, Nüssen leben, viel weniger aggressiv und territorial sind als räuberische, aasfressende und parasitäre Tiere wie die Menschen, die davon leben, andere Menschen zu berauben und zu töten. Dies ist vielleicht eine Erklärung dafür, warum die Menschen weltweit pro Minute 2,5 Mrd. DM dafür ausgeben, miteinander zu kämpfen« (Instinkt, Nr. 4, S. 7). Die Analogiebildung Tier - Mensch führt hier letztlich dazu, die Ursache für Kriege und Ausbeutung in der Ernährungsweise zu suchen. Das sind biologistische Argumente, die den sozialen und damit den gesellschaftlichen Charakter von (zwischenmenschlichen) Gewaltverhältnissen negieren. Aber es ist natürlich einfach, »Frontline« als Beispiel anzufüh-

ren, da es inzwischen ja auch aus Teilen der Tierrechtsszene Kritik an dieser Gruppierung gibt. Aber auch im Grundsatzprogramm der Hamburger TAN finden sich Erklärungsmuster, die die Ursache weltweiter Ausbeutungsverhältnisse mit Ernahrungsgewohnheiten verwechseln: »Daß hinter dem -Mythos Fleisch- jedoch eine klare rassistische und sexistische Politik steckt, wird völlig geleugnet. Denn noch immer wird den Menschen aus Trikontländern ihre Nahrung genommen, um diese als Tierfutter in Industrienationen zu exportieren« (TAN Selbstverstandnis, S. 7). Daß die Ursache für Hunger und Elend im Trikont nicht der hiesige Fleischkonsum, sondern das kapitalistische Weltwirtschaftsystem ist, entgeht der scharfsinnigen Analyse der TierrechtlerInnen. Nicht der Bedarf nach Fleisch in den Industrielandern, sondern die Schulden der Dritten Welt zwingen die Lander dazu, Getreide als Futtermittel in den reichen Norden zu exportieren. Würde hier kein Fleisch gegessen und also auch kein Futtergetreide gekauft, würde das Getreide keineswegs für die Hungernden zur Verfugung stehen - im Gegenteil, es würde dann nämlich nicht angebaut, weil damit dann kein Geld zu verdienen ware.

Nur um hier nicht mißverstanden zu werden: Das Argument läßt sich naturlich nicht umdrehen, im Sinne von: Wenn der Kapitalismus an allem Schuld ist, dann brauche ich mir auch keine Gedanken um den mit afrikanischen Soja gemäßteten Hamburger zu machen. Die massenhafte Verfügbarkeit von Konsumgutern in den imperialistischen Landern - und dazu gehort auch Fleisch - ist Ausdruck des (ungerechten und ausbeuterischen) kapitalistischen Wirtschaftssystems; aber hier liegt die Ursache fur den Hunger und nicht darin, ob wir in Europa Fleisch oder Soja essen.

In demselben Reader befindet sich ein Artikel über Sexismus, laut TAN ein Beispiel themenübergreifender Auseinandersetzung.

Dort werden mythologische Versatzstucke zitiert, um zu beweisen, daß mit dem Übergang von der Sammel- zur Jagdkultur der Mann in Herrschaftspositionen gelangte, indem er zwischen sich und das »harmonische Ganze« eine Gotterwelt setzte und aus dieser Distanz zur Natur sich anmaßte, zu toten, d.h. zu jagen.

Mal abgesehen davon, daß in diesem Szenario die Amazonen als Jägerinnen, Artemis als Gottin ebenfalls der Jagt ausgeblendet werden, ist es eher Glaubensfrage als Gesellschaftsanalyse, die Grunde für das heutige Patriarchat in einem gewagten Bruckenschlag zur nebulosen Bilderwelt der Mythologie zu suchen.

Die daraus gewonnene Schlußfolgerung (Vergewaltigung und Jagd sind in dem selben Herrschaftsgedanken vereint) läßt sich gänzlich nicht mehr nachvollziehen. Sie verkennt den spezifischen Gehalt des sexistischen Unterstückungsverhältnisses und ist damit in der Konsequenz selbst sexistisch.

Was sind Rechte?

Auch wenn »einige Hamburger Autonome« es für »aberwitzig« halten, »erklaren zu wollen, warum sich Menschen für Tiere bzw. Tierrechte einsetzen« ist die Frage weit weniger trivial, als uns die AutorInnen weismachen wollen.

Das mit den Rechten ist nämlich so eine Sache, die sich nicht mit dem einfachen Verweis auf »grausame Tierquälerei« und andere Schweinereien einfach vom Tisch



wischen läßt. Die Rechte, die wir heute haben, sind nämlich nicht irgendwelche »natürlichen« Gegebenheiten, die mensch und tier einfach hat. Sie sind historisch gewachsen und letztlich Ergebnis eines jahrhundertelangen Aushandlungsprozesses, in dem diese Rechte erkämpft werden mußten. Auch die Menschenrechte, die quasi den Grundbestand der modernen Rechte ausmachen, haben nicht immer und für alle Menschen gegolten - und tun es im ubrigen ja auch heute noch nicht. Wer das Recht auf korperliche Unversehrtheit für sich beanspruchen kann und wer für die Verletzung dieses Rechts mit Sanktionen rechnen muß, ist immer eine Frage gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse - vor allem eine Frage der Stärke derjenigen, die diese Rechte in Anspruch nehmen wollen. Die Möglichkeit, diese Rechte einzuklagen, beruht genau auf diesem Kräfteverhältnis - und nicht, wie gelegentlich fälschlich angenommen, auf der Geltung ethischer oder moralischer Prinzipien.

Rechte sind also nur dann Rechte, wenn ihnen ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis zugrunde liegt, das sie garantiert. Fehlt diese Aushandlungsbeziehung, dann bleibt von den Rechten nur noch Gnade übrig. Die wird nämlich gewährt aus der herrschenden Position heraus - ohne dazu gezwungen zu sein, aus praktischen oder aus ethisch-moralischen Erwägungen.

Und genau darum handelt es sich bei dem, was landläufig als »Tierrechte« bezeichnet wird. Eine Gnade der Menschen gegenüber den Tieren, der die - durchaus ehrenwerten - moralische Setzung vorausgeht: Alle Lebewesen sollen das Recht auf Leben (ohne Qual) haben.

Gegen diese Setzung ist wenig einzuwenden, außer daß sie fast zwangsläufig die Frage nach sich zieht, was denn nun eigentlich als »Lebewesen« zu bezeichen sei. Wichtig für die Auseinandersetzung mit der Frage der »Tierrechte« ist jedoch die Feststellung, daß diese Setzung immer willkürlich ist - es sei denn, sie findet ihre Begründung in der »Natur der Dinge«; dann ist sie im besten Falle konservativ, tendenziell jedoch eher reaktionär und auf jeden Fall nicht emanzipativ. Denn das Begreifen der gesellschaftliche Verhältnisse als nicht naturgegeben, sondern vom Menschen gemacht - und damit auch vom Menschen veränderbar -, das Begreifen der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit ist Kernbestand linker emanzipativer Politik.

Bambi und Pu der Bär

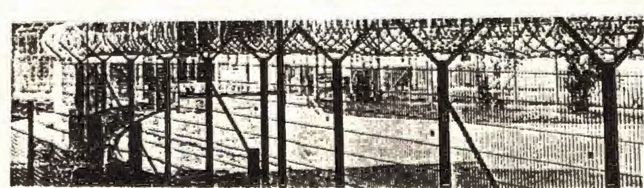
Abschiebeknast Glasmoor: Kontrolle, Isolation, Repression

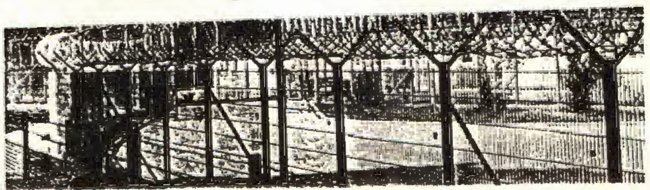
Eineinhalb Jahre existiert nun der Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt vor den Toren Hamburgs. Von Anfang an war klar, daß dieser, neben der bereits bestehenden JVA Glasmoor speziell für die Abschiebehaft errichtete Container-Knast nicht widerspruchslos hingenommen werden würde.
Von Anfang an wurde auch seitens der Knastleitung und der Bullen darauf hingearbeitet, den Widerstand einzuschüchtern und zu kriminalisieren: auf der einen Seite verschärfen sich zunehmend die Bedingungen für Gefangene, sich gegen die ihnen auferlegte Situation zur Wehr zu setzen. Zum anderen soll auch der Widerstand außerhalb des Knastes eingeschüchtert und behindert werden. Wir nehmen einen im August stattfindenden Strafprozeß vor dem Amtsgericht Norderstedt, der im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Glasmoor steht, zum Anlaß, die derzeitige Situation darzustellen.

Nach monatelangen Protesten von innen und außen sind in den letzten Monaten die Haftbedingungen punktuell »humanisiert« worden, um den in Glasmoor praktizierten Vollzug in der Öffentlichkeit als menschlicher und weniger skandalös darstellen zu können. Diese Maßnahmen (2 Stunden Umschluß an 4 Tagen in der Woche; 2 Basketballkörbe auf dem Knasthof; eine von der evangelische Kirche gesponserte Satellitenfernsehanlage) mögen zwar den Haftalltag ein wenig erträglicher gestalten, gehen aber an den Forderungen der Inhaftierten nach sofortiger Freilassung völlig vorbei.
Die Gefangenen in Glasmoor sind nach wie vor von der Außenwelt nahezu abgeschnitten. Zwar darf das DRK seit Mai dieses Jahres wöchentlich einen Geprächstermin in Glasmoor anbieten und auch einer kirchlichen Gruppe wurde eine regelmäßige Besuchserlaubnis in Aussicht gestellt. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die besuchenden Personen sich vorher schriftlich zur Verschwiegenheit über Knastinternas verpflichten. Während das DRK hiermit keinerlei Probleme hatte, weigert sich die Kirchengruppe bisher, an diesem Punkt den Anforderungen der Justizbehörde zu entsprechen. Klar ist, daß von staatlicher Seite nur diejenigen Gruppen Zugang erhalten sollen, die sich den herrschenden Bedingungen unterordnen und so den reibungslosen Ablauf der Abschiebepraxis gewährleisten.
Versuche von Gefangenen, außerhalb dieser begrenzten Möglichkeiten mit UnterstützerInnen in Kontakt zu treten und Widerstand zu organisieren werden umso massiver mit Sonderbehandlung von Seiten der Knastleitung beantwortet. Wer bei den kontinuierlich seit November 1994 stattfindenden Sonntagsspaziergängen von antirassistischen Gruppen durch Nennung seines Namens erreichen will, beim nächsten Besuchstermin Kontakt und damit z.B. auch anwaltliche und politische Untersützung zu bekommen, muß damit rechnen mit Telefonier- und Duschverbot oder ähnlichen Schikanen belegt oder ins UG Holstenglacis verlegt zu werden. In der letzten Zeit ist es auch häufig vorgekommen, daß Gefangene während des sonntäglichen Protestes vor dem Knast in Zellen verlegt worden sind, von denen aus kein Ruf- und Sichtkontakt nach außen möglich ist, oder, daß Schließer während der Zeit zur Einschüchterung in den Zellen waren. In mindestens einem Fall wurden Gefangene, die ihren Namen Zwecks Besuch gerufen hatten, während der nächsten öffentlichen Besuchszeit von Schließern kurzer Hand gezwungen, sich in ein Auto zu setzen und für 3 bis 4 Stunden ohne Grund durch Hamburg gefahren. Mit diesen Methoden will die Justizbehörde bzw. die Knastleitung eine möglichst weitreichende Kontaktsperre und Isolierung der Inhaftierten erreichen, um weitestgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit agieren zu können.
In diesem Zusammenhang wurde auch seitens der Justizbehörde in Form eines zweiten Nato-Draht-Zauns, der den Außenzaun des Containerarelas abschirmt (ein Zaun um den Zaun!) auf die Solidarisierung mit den Abschiebehäftlingen reagiert.
Offensichtlich genervt von den seit November 1994 sonntaglich stattfindenden Knastkundgebungen soll so mit einfacheren Mitteln statt ständiger Bullenpräsenz die Distanz zum Knast gewahrt werden.
Mit den Worten von Anstaltsleiter Joachim Buck soll der »Schutz vor außen« die ewige Polizeipräsenz ersetzen und ein Vordringen der zahlreichen Leute, die seit November Besuche machen, verhindert werden. Von Beginn an wurde auch versucht, durch Besuchsverbote gegen Mitglieder der BesucherInnen-Gruppe mit der Begründung »Teilnahme an einer verbotenen Demonstration« - gemeint sind die Sonntagsspaziergänge- vorzugehen. Auch auf diese Weise sollen Kontake zu den Gefangenen unterbunden werden. Nachdem bereits im Dezember 1994 derzeit erlassene Verbote gerichtlich aufgehoben wurden, erhielten im April 1995 erneut 6 BesucherInnen Anstaltsverbot. Einstweilige Verfugungen hiergegen wurden diesmal jedoch vom zustandigen Gericht abgelehnt.
Es wird aber auch mit scharferen Methoden gegen Menschen vorgegangen, die sich gegen den Knast engagieren.
Bereits im Vorfeld der Inbetriebnahme gab es Repressionsversuche gegen FotografInnen des im Bau befindlichen Knastes. Gegen sie ermittelten die Bullen wegen Hausfriedensbruchs.
Die Observation eines Norderstedters Antifas, der auch mit Vorladungen und »Hausbesuchen« durch Bullen eingeschüchtert werden sollte, stoppte erst nach Intervention eines Anwalts. Wegen der Sonntagsspaziergänge sind gegen etliche TeilnehmerInnen Verfahren wegen Hausfriedensbruch anhängig.
Aktuell ist nun im Zusammenhang mit der Silvesterdemo unter dem Motto »Knallen gegen Knäste«, in deren Verlauf es zu Auseinandersetzungen mit den Bullen kam, auch Anklage gegen einen Norderstedter erhoben worden, nachdem laut Polizeiangaben seinerzeit vier Ermittlungsverfahren eingeleitet worden waren. Nachdem sich das Ermittlungsverfahren zunächst auf Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung bezog, ist die Anklage noch um den Straftatbestand des schweren Landfriedensbruchs erweitert worden. Das bedeutet im Falle einer Verurteilung ein Strafmaß von mindestens 6 Monaten!
Damit soll in der Öffentlichkeit ein Exempel statuiert werden, um von staatlicher Seite aus allen Menschen deutlich zu machen, daß Widerstand gegen die rassistische Gesellschaftsordnung rigoros kriminalisiert wird. Im August wird der Prozeß vor dem Norderstedter Amtsgericht stattfinden, achtet auf kurzfristige Ankundigungen.

Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen und antirassistischen Widerstands
Einstellung aller Verfahren in diesem Zusammenhang
Weg mit allen Abschiebeknästen

Infogruppe Norderstedt





Protest gegen Abschiebeknäste

Zürich
In Zürich demostrierten am 1. Juli mehere hundert Menschen für Bleiberecht und die Schließung der Abschiebegefähgnisse und gegen die derzeitige rassistische Razziapolitik in der Stadt.
In Zürich wurden allein in den Monaten von März bis Juni 2000 MigrantInnen verhaftet, ca. 1000 sind inzwischen abgeschoben worden. Die Abschiebung von ca. 12.000 tamilischen Flüchtlingen nach Sri Lanka wird von den schweizer Behörden vorbereitet, aber auch Flüchtlinge aus Kosovo, Kurdistan und anderen Ländern sind durch die, im November 1994 per Volksabsimmung durchgesetzten, Zwangsmaßnahmen von Abschiebung bedroht.
Hintergrund sind die auch in der Schweiz geplanten drastischen Einschneidungen im Sozialbereich sowie die seit Jahren zunehmende Ausgrenzung von MigrantInnen und Flüchtlingen.
In Zürich hat sich die Situation zusätzlich seit der sogenannten »Aktion Paukenschlag«, der Zerschlagung der offenen Drogenszene am Zürcher Lettenbahnhof, drastisch verschärft. Ständig präsente Polizei, sowie Personenkontrollen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Was zunächst als Maßnahme gegen die Neubildung einer neuen offenen Drogenszene deklariert wurde, richtet sich nun mehr hauptsächlich gegen illegale MigrantInnen.
Im neu errichteten »Propog«, Beamtensprache für das Provisorische Polizeigefängnis auf einer Kasernenwiese, werden derzeit bis zu 1.100 Personen unter desolaten Bedingungen gefangen gehalten. Als Haftgrund genügt, daß »die Vermutung besteht, daß sich die betreffende Person einer Ausschaffung entziehen wolle, die Identität nicht feststände oder zumindest fraglich sei«. Mehrere Gefangene haben schon versucht, sich das Leben zu nehmen, andere zündeten ihre Zellen an, aus Protest gegen die Inhaftierung und wehrten sich zum Teil gegen die anrückende Bullen ihre Zellen zu verlassen.
Auch außerhalb des Knastes wächst langsam der Widerstand. Seit drei Monaten organisieren verschiedene Gruppen Sonntagsspaziergänge vor das Polizeigefängnis. Die Bullen versuchen vehement, den Kontakt mit den Gefangenen zu verhindern, die Protestspaziergänge wurden teilweise mit Knüppel- und Wasserwerfereinsatz aufgelöst.

Kassel
50 Menschen blockierten am 11. Juli knapp zwei Stunden die Zufahrt zur JVA-Wehlheide, um gegen die die allwöchentlichen Abschiebungen, allein aus Kassel mehr als 200 in diesem Jahr, zu protestieren und den Bus, der die Gefangenen zum Flughafen Frankfurt bringen soll, an die Einfahrt in die JVA zu hindern. Mit einem Transparent, Aufschrift: »Wir fordern keine Humanisierung der Abschiebepraxis, sondern die Abschaffung der Abschiebehaft und Bleiberecht für alle« wurde die Straße gesperrt, der Bus mußte erst einmal unverrichteter Dinge wieder abfahren. Ob die Abschiebungen zumindest an diesem Tag verhindert werden konnten, ist jedoch nicht klar.
(Quelle: Junge Welt)

Rottenburg
In Rottenburg fand am 15. Juli ein Aktionstag unter dem Motto »Weg mit dem Abschiebeknästen in Rottenburg« initiiert vom Tübinger Bündnis gegen Abschiebehaft statt. An die 200 Menschen beteiligten sich, begleitet von einem großen Bullenaufgebot an der Demonstration zum Knast, wo dann ein Konzert und eine Theaterperformance stattfanden.
Am Ende des vierstündigen Protestes griffen die Bullen die Kundgebung an und prügelten sich den Weg durch die Menge, um die Personalien eines Demoteilnehmers festzustellen. Vorwand: Dieser soll während der Demo einige Vertreter der Staatsgewalt als »Arschlöcher« erkannt und auch so benannt haben.

Weg mit den Abschiebeknästen! Gegen Abschiebepolitik und Abschiebehaft!

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der Glasmoorgruppe/Flüchtlingsrat Hamburg, der Initiative gegen Abschiebehaft Berlin, der Regionalen Flüchtlingskoordination Nordrhein-Westfalen und dem Tübinger Bündnis gegen Abschiebehaft.
Diese Veranstaltung ist der Auftakt zu einer Kampagne gegen Abschiebeknäste und Abschiebepolitik, initiiert von der Antifa Norderstedt, der Glasmoorgruppe, dem Flüchtlingsrat Hamburg und anderen antirassistischen Initiativen.
1994 wurden 53.000 Menschen aus der BRD abgeschoben, dreimal mehr als 1992. Der flächendeckende Bau von Abschiebeknästen und die willkürliche Inhaftierung zahlreicher Flüchtlinge und MigrantInnen - nur aus dem Grund, weil sie keinen aufenthaltsrechtlichen Status haben- ermöglichen die Umsetzung dieser drastischen Abschiebepolitik. Der Widerstand gegen die Abschiebehaft in den den Knästen wird brutal unterdrückt und dringt kaum an die Öffentlichkeit. Kontakte zwischen Gefangenen und Initiativen, die die Gefangenen unterstützen und sich gegen Abschiebehaft einsetzen, werden vielfach unterbunden, z.B. in Hamburg durch Besuchsverbote und Ermittlungsverfahren.

Geplant sind auf der Veranstaltung Grundsatzreferate zur politischen Einordnung der Abschiebehaft, zur Situation von Entlassenen, zu Suiziden und Suizidgefahr in Abschiebehaft, zu Illegalisierung und Arbeitsmarkt sowie zu Widerstandsaktionen. Daneben wird es noch Kurzberichte der Gruppen aus den verschiedenen Regionen zu ihrer Arbeit geben. Schließlich soll auch eine gemeinsame Diskussion aller TeilnemerInnen im Hinblick auf mögliche Perspektiven, mehr Öffentlichkeit etc. angemessenen Platz haben.

Donnerstag, 24. August um 19.30 im Kölibri (Hein-Kölisch-Platz 12)

Nachbereitungsbroschüre zum Prozeß von Ralf und Knud erschienen

Am 29. Juli 1991 wurden Ralf und Knud in Pinneberg von einem LKA-Observationstrupp verhaftet mit dem Tatvorwurf, sie hätten gerade Betonplatten auf die Bahnstrecke Hamburg-Kiel gelegt. Damit begannen ihre sechsmonatige Untersuchungshaft



LKA-Observant Thoms auf dem Weg ins Gericht

und das von den bürgerlichen Medien als "Plattenleger-Prozeß" bezeichnete Verfahren, das am 8.März 1993 mit Freispruch endete. Jetzt, zwei Jahre später, ist eine lesenswerte Nachbereitungs-Broschüre erschienen, die den Prozeß und die damalige Soliarbeit rückschauend beleuchtet.

Neben einer ausführlichen Chronologie enthält die Broschüre u.a. Artikel, die grundlegende Fragen der Antirepressionsarbeit konträr beantworten.
Die verschiedenen Positionen spiegeln die Unterschiede innerhalb und zwischen den diversen damals bestehenden Soligruppen wieder: "Soligruppe", "Pressegruppe", Redaktion der Soli-Zeitung "Sprengsätze", "Bündnis gegen Staatsgewalt". Für den/die nicht zum "inner circle" gehörendeN ProzeßbesucherIn unsichtbar wurden Differenzen um die Linie der Prozeßführung und der Öffentlichkeitsarbeit ausgetragen. Sollte alle Anstrengung darauf gerichtet werden, die beiden aus dem Untersuchungsknast zu kriegen und einen Freispruch zu erwirken (die Anklage lautete ja auf Mordversuch), oder sollte die Freilassungsforderung eingebettet sein in eine Kampagne zur Offenlegung und Bekämpfung des Staatsschutzsumpfes?
"Die Forderungen der Kampagne waren " Freiheit für Ralf und Knud *" und "* Entlarvt die Staatsschutzlügen*". Das erste Ziel war nach eineinhalb Jahren Prozeß erreicht; wie aber stand es mit dem zweiten? Die Entlarvung der Staatsschutzlügen hatte für uns geheißen, daß die LKA-Beamten klar als Lügner benannt und zur Verantwortung gezogen worden wären. Aber eben nicht nur sie, sondern auch ihre Hinterleute,- Vorgesetzten im Staatsschutz, politisch Verantwortliche, usw. (...) Dazu ist es aber nicht gekommen."*
"Daß kaum weitergehende Forderungen - über den Freispruch hinaus - gestellt wurden, lag neben der Fixierung auf das juristisch Mögliche auch an der Müdigkeit bzw. Resignation der ProzeßunterstützerInnen, sowie an dem Verhalten von Ralf und Knud selbst, die froh waren, daß jetzt alles vorbei war. Die Resignation (es ist eh nicht mehr drin) ging mit der Entpolitisierung zusammen und wurde von ihr noch befördert. So fanden sich fast alle mit einem " Freispruch 2.Klasse" ab." (Beide Zitate, wie auch die folgenden, sind der Broschüre entnommen).

"Es wäre mehr drin gewesen!" ist der Titel der Broschüre und zugleich eine der verschiedenen Positionen. So berechtigt auch die Freude über Freilassung und Freispruch selbstverständlich ist (ein Erfolg der von niemandem in Frage gestellt wird), so berechtigt ist auch die Frage nach den ungenutzten Möglichkeiten einer über den Prozeß hinausgehenden politischen Kampagne.
Schließlich: Keine/r der dreisten LügenkonstrukteurInnen aus diesem Schmierentheater der politischen Justiz (daß die LKA-Bullen zur Unkenntlichmachung geschminkt und mit Perücken als Zeugen aussagten, ist dafür nur allzu passend ein Sinnbild) ist über diesen Prozeß gestolpert:
"Richter Selbmann ist inzwischen wirklich in Pension gegangen. Staatsanwältin Roitsch von Almeloe hat der Prozeß wenig geschadet. Sie ist jetzt in der Abteilung "Regierungskriminalität" *in Berlin und verfolgt mit ihrem Haß auf Linke ehemalige DDR-Beamte. (...) Die Spur der Staatsschutzbullen verliert sich. Sie leben ja auch ganz gerne im Dunkeln. Von Martens ist bekannt, daß er kurz nach der Festnahme 91 in eine andere Abteilung, nämlich Spurensicherung, versetzt worden ist (...). Lüthjens ist mit einigen KollegInnen Stammgast auf Demos in Hamburg (...). Die anderen, so ist zu fürchten, tun ihre schmutzigen Jobs weiterhin ungestört. Das LKA selbst ... Der Hamburger Senat blieb trotz seiner Sperrerklärung unbehelligt. Den geforderten Untersuchungsausschuß konnte er ohne Schaden einfach ablehnen."*
Das Problem von Soliarbeit zu politischen Prozessen, generell zwischen politischer und juristischer Ebene lavieren zu müssen, ist nicht neu. Aktuellstes Beispiel war der Kaindl-Prozeß in Berlin, in dem zugunsten einer juristischen Verteidigung auf eine Thematisierung der Ermittlungsmethoden verzichtet wurde.

Die Broschüre zum Itzehoer Prozeß stellt diese Problematik auch im Zusammenhang mit der heutigen politischen Situation dar, in der so viel an linker Struktur und Identität weggebrochen ist. Es gibt in der radikalen Linken hierzulande fast keine kontinuierliche Antirepressionsarbeit (von der Roten Hilfe abgesehen). Antirepressionsgruppen finden sich aufgrund von Verfahren gegen GenossInnen zusammen und verschwinden nach Ende des Prozesses sofort wieder - mehr oder minder lautlos. Umso wichtiger ist es, gewonnene Erfahrungen und geführte Diskussionen aus der Prozeßarbeit weiterzuvermitteln. Die lange Zeit zwischen Prozeßende und Erscheinen dieser Nachbereitungsbroschüre mag beigetragen haben zu der klärenden Distanz, die Raum für (Selbst-)Kritik herstellt.

Die Broschüre ist erhältlich im gutgeführten Infoladen sowie bei: Soligruppe R+K, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg



on



the



agenda



august



Mit einiger Bestürzung haben wir alle Ende Juli die Nachricht aufgenommen, daß Robbie Williams *Take That* verlassen hat - und es derweil zwar noch abzuwarten ist, aber als sehr wahrscheinlich gelten kann, daß dieses traurige Ereignis eine ähnlich große Leere in der Popwelt hinterlassen wird, wie einst die Auflösung von *Crass* (1984) oder auch die von *Wham!* einige Zeit später. Leider platzt dadurch auch der ursprünglich auf dem Schanzen-Straßenfest (16.9. - vormerken!) geplante Geheimauftritt von *Take That* und *East 17*, aber auch so wird das Fest sicherlich seinen besonderen Reiz haben. Wegen Robbie raten wir euch, keine Panik aufkommen zu lassen, das ist nicht das Ende der Welt! Vergnügt euch, vertreibt euch die Zeit - um zu vergessen. Wo? In Hamburgs lebendiger, unkommerzieller Subkultur!

rote flora.

3./4.8. Tanztheater: *Gisela.* Gisela ist das zweite abendfüllende Stück der Choreographin Claudia Surbir. Ausgehend von dem romantischen Balett *Giselle* entstand eine moderne Tanztheaterversion, die ästhetisch und inhaltlich eigene Schwerpunkte setzt. Alle sind Gisela. Doch wer ist Gisela? Eine Frau auf der Suche nach ihrer Identität, zwischen zwei Männern und zwischen den Welten gefangen. Halle, 21 Uhr.
5.8. *Studio One Club.* Wie im August letzten Jahres werden hier jamaikanische Klassiker aus den Bereichen Ska und Roots aufgelegt. Halle, 21 Uhr.
6.8. *Der Club der lebenden DichterInnen.* 8-10 DichterInnen laden zu einer Lesung mit Musik. Ab 18 Uhr, Eintritt 5 DM.
10.8. *Vollmondorchester.* Halle, 21 Uhr.
11.8. *Repulsion part six.* Halle, 22 Uhr.
12.8. *Link.* Link und Ruff Cutz (Techno und Jungle) sind an den Turntables und Duralux sorgt für die Animatix. Halle und Leonkavallo, 22 Uhr.
19.8. *Shantytown Soundsystem.* Roots und Reggae. Deko brought to you by flora's own *Farbzelle.* 22 Uhr.
27.8. Kindertheater: *Kirschkern Company.* Erfrischendes Theater für große und kleine Kindsköpfe. 16 Uhr, Eintritt 2/3 DM.
8.9. Konzert: *Trude träumt von Afrika.* Halle, 21 Uhr.

flora standard issue.

Cafeöffnungszeiten: Mo 17-21 Uhr, Di-Do 16-21 Uhr und bei Veranstaltungen. **Mo** 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 20 Uhr vegane Fokü; **Di** ab 16 Uhr Dub Cafe, 18-19.30 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem); **Mi** 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 20 Uhr Foküessen; **Do** 16-19 Uhr Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen und für feste Nutzung), 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe; **Sa** 11.30-15 Uhr vegetarisches Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe; **So** 19.30 Uhr vegane Fokü (14-tägig).
So jeden 4. Sonntag im Monat FrauenLesben-Fruhstück, ab 12 Uhr

störtebeker.

12.8. Konzert: *Zimbo* CD-Release-Party. 21 Uhr.
26.8. Konzert: *Mörgel* (Schweden), 21 Uhr.
27.8. Konzert: *Citizen Fish* (UK), *Dezerter* (Polen). Nachmittagskonzert, pünklich um 18 Uhr!!!.

onkel otto.

Fr und Sa Cafe und Kneipe ab 17 Uhr

3.8. Sontan Mary Rock'n'Roller
10.8. Bob Schweiz 2 und Manko Extra
17.8. Fat Back Sound Dubstyle

b movie.

(Programmansage: 43 59 40)

5./6.8. *Judou* (China 1990, R: Zhang Yimou, DF)
12./13.8. *Rote Laterne* (China 1991, R: Zhang Yimou, DF)
19./20.8. *Geschichte der Qui Ju* (China, R: Zhang Yimou, DF)
26./27.8. *Leben* (China, R: Zhang Yimou, DF)
Beginn: Samstags 22 Uhr, Sonntags 20.30 Uhr.

chemnitzstraße.

Jeden 3. Sonntag im Monat veganes Frühstück, 11-15 Uhr.